DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



MIT DEMO-KALENDER Seite 6

Beruferaten bei der Berliner Skandalpolizei: Journalistin Sophia-Maria Antonulas wehrt sich* ⊙ *Seiten 12/13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 103 Samstag 3. September 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



Fotos: Axel Rothkehl (o.l.), apolut.net (u.[illegible]), DW / Ute Feuerstacke (Herz), Gestaltung: Anselm Lenz

Feuerwehrmänner und Notfallretter bei der Demokratiebewegung in Herne. Foto: DW/Hannes Henkelmann.

»Die Feuerwehrgemeinschaft begrüßt den erkennbaren Willen des Abgeordneten zur Aufklärung der widersprüchlichen Antworten der Senatsverwaltung für Inneres auf seine erste Anfrage vom 10. März 2022. Folglich haben wir mit großen Erwartungen den Inhalt der zwischenzeitlich veröffentlichten Drucksache 19/12532 studiert.

In der ursprünglichen Anfrage (Drucksache 19/11386) wurde auf die zahlenmäßigen Veränderungen der Rettungsdiensteinsätze mit Herzbeschwerden und Schlaganfällen fokussiert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2018/19 ein massiver Anstieg von 31,2 Prozent für Herzbeschwerden beziehungsweise 27,4 Prozent bei Schlaganfällen im Jahr 2021 zu verzeichnen war.

»MASSIVE AUFFÄLLIGKEITEN«

Die damals von der Senatsverwaltung für Inneres angeführten Begründungen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums, des demographischen Wandels und der genaueren Datenerfassung waren wenig überzeugend. Es ist umso erfreulicher, dass in der jetzigen Nachfrage auf diese Ursacheninterpretation dezidiert eingegangen wurde. Die Art und Qualität der Antworten lassen uns dennoch fassungslos zurück.

Unreflektiert führt die Senatsverwaltung erneut die Qualitätssicherungsmaßnahmen und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als Gründe an. In den Pandemiejahren 2020 und 2021 werden die gestiegenen Rettungsdienstzahlen zum Beispiel mit einer gestiegenen Zahl der Berufspendler, mit einer erhöhten Anzahl an Gästen sowie deren Verweildauer (Übernachtungen in Berlin), einem Zuzug nach Berlin, zunehmender Anzahl von Großveranstaltungen, einer durch Influenza bedingten erhöhten Inanspruchnahme des Rettungsdienstes, abnehmender Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und Qualitätsverlusten infolge des Fachkräftemangels begründet.

HERZBESCHWERDEN UND SCHLAGANFÄLLE

Diese Begründungen sind grotesk. Mitten in einer Pandemie mit geschichtlich beispiellosen Maßnahmen, die zu einem Stillstand ganzer Lebensbereiche geführt haben, werden die Anstiege der Einsatzzahlen derart begründet?! In einer Zeit von *Homeoffice*, Aufenthaltsverboten, Kontaktminimierung, Restaurantschließungen, Hotelschließungen, Absage von Freizeitveranstaltungen aller Art, Schulschließungen *et cetera*, mutet dieses Antwortverhalten kafkaesk an.

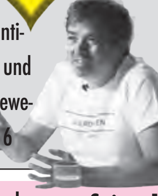
»VERSUCH, DIE SOGENANNTE SCHUTZIMPFUNG NICHT ZU NENNEN«

Wir werten die Art der Beantwortung als ebenso hilflosen wie erneut untauglichen Versuch, den Elefanten im Raum, also die sogenannte Coronaschutzimpfung, nicht benennen zu müssen. Nur unter einer konstanten Beibehaltung des Narrativs von nebenwirkungsfreien Impfungen kann eine unterbliebene wissenschaftliche Aufarbeitung begründet werden.« Weiter ⊙ Seite 7

#FreeBallweg

Ein Herz für Querdenker

1,3 Millionen Bürgerrechtler kamen am 1. August 2020 in ihre Hauptstadt, um gegen die Corona-Lüge aufzubegehren. Volksheld Michael Ballweg wird seitdem mit antisemitischen Klischees zum Staatsfeind erklärt und am 29. Juni 2022 inhaftert. Die Demokratiebewegung macht sich seither kampfbereit ⊙ Seite 6



Retterin in der Not

Preis der Republik geht an Silke Martens. LAUDATIO von Dori Lee



Wir sind mittlerweile da angekommen, wo Menschen, die aus medizinischen Gründen keine Maske tragen können, in Arztpraxen abgelehnt und nicht mehr behandelt werden.

Mit der vorgeschobenen Begründung: Hausrecht. Das lässt tief blicken, wenn man bedenkt, dass Ärzte, die mal einen Eid geschworen haben, nun hilfsbedürftige Menschen nötigen, eine Maske zu tragen, obwohl sie ein Attest haben.

Doch es gibt Hoffnung am Horizont: Silke Martens ist Pflegerin und gründete im November die Initiative »Pflege mit Herz« und seitdem engagiert sie sich tagtäglich im Widerstand. Man trifft sie auf jeder Demo, mal als Demonstrantin, mal als Mitorganisatorin.

Silke tut das, was ihre Kollegen nicht mehr tun: Hilfe leisten und behandeln. Gott sei Dank gibt es Menschen wie sie, die uns nicht im Stich lassen. Somit geht der Preis der Republik an die Retterin in der Not: Silke Martens. Danke für deinen großartigen Einsatz!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Silke Martens. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav.



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Liebe Freunde der Freiheit,
am 8.9.22 schlägt das
Covid-Regime wieder
zu & will uns mit
dem neuen Infektionsschutz-
gesetz wieder unser aller
Freiheit berauben! Das
lassen wir nicht zu!
Wir sagen NEIN!
Nein zur Maske, Test
& Impfung! Stoppt das
Infektionsschutzgesetz!
Kommt alle nach Berlin!
8.9. + 9.9.'22!
Aller♡liebste Grüße sendet
euch . Dolli

Zum Modewort »Narrativ«

EINWURF *von Werner Köhne*

Das Wort »Narrativ« hat heute oftmals im gelehrten Plauderton Eingang gefunden in intellektuellen Zirkeln.

Man verwendet die Bezeichnung da, wo eine meistens fragwürdige Geschichte vermutet wird. Mehr aber noch wird sie in geistigen Auseinandersetzungen genutzt – in durchaus polemischer Absicht: Was der jeweilige Gegner an verschlungenen Theorien und Systemen vorweist, wird durch den Konter, dass dies ja eigentlich nur ein Narrativ sei, irgendwie als infantil abgewertet. So kommt es, dass etwa die Philosophie Hegels als große Erzählung enttarnt wird – damit hat man es leichter, sie in die Tonne zu treten.

Das Narrativ verniedlicht in gewisser Weise das, was einst unter dem Titel »Die Erzählbarkeit der Welt« die Runde machte. Das führt uns zurück zu jener Feuerstelle, an der die ersten Hominiden saßen und sich zur Lust und Gefahrenabwehr Geschichten erzählten. Mythen mit ihrem oftmaligen Überschwang entstanden so. Ohne sich die Welt in mythischen Erzählungen anzueignen, hätte der Mensch indes nicht überlebt.

Dass diese Erzählungen später – schon seit Platon – als nicht wahrheitsgemäß abgelehnt wurden und durch Begriffe und ethische Maximen ersetzt wurden, bestimmt den Lauf unserer modernen Welt ebenso, wie die mediale Zudröhnung mit billigen Stories – unsere alltäglich Kost.

Man könnte hier einen direkten Bezug zum heutigen Corona-Geschehen herstellen. Demgemäß bildete der vermeintliche »Verschwörungstheoretiker« – also wir – den Urkern einer Erzählung von eingebildeten dunklen Mächten – während das Corona-Narrativ uns litaneienhaft »Gewissheiten« einpaukt und eine neue Welt in Aussicht stellt, die von Krise zu Krise fortschreitet und dabei einen neuen Menschen kreiert. Erbärmlich dieses Narrativ!

Eine neue Ursprungsgeschichte ist das nicht. Schon gar nicht bildet sich da ein neuer Mythos. Wir sehnen uns – so Hans Blumenberg – nach etwas, dessen wir am meisten ermangeln, nämlich Erzählungen, die uns Sinn und Sicherheit geben. Stattdessen dies: Gottschalk hat eine neue ... Wie gesagt: erbärmlich.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

»IMPFPFLICHT VERLETZT DIE MENSCHENWÜRDE!«

Die Aufklärung über die gefährliche Genspritze schreitet im Mainstream voran. Italienische Justiz reagiert. | Von Markus Fiedler



DW-Leser kennen ihre Grundrechte. *Foto: Georgi Belickin*

»Impfpflicht verletzt die Menschenwürde!«, so urteilte zuletzt ein Gericht in Italien. Und es geht hier keinesfalls um eine allgemeine Impfpflicht, sondern um eine einrichtungsbezogene Impfpflicht wie wir sie aus Deutschland kennen.

Geklagt hatten in Turin und Siena suspendierte Mitarbeiter des Gesundheitswesens auf Wiedereinstellung wie *transistion-news.org* berichtete. Ein weiteres Gericht in Brescina kam in einem sehr ähnlich gelagerten Fall einer Hebamme zu einem Berufungsurteil, das ebenfalls zugunsten der Klägerin ausging. Wir lesen dazu folgende Passagen: »Indem der Staat nicht freiwillig geimpfte Arbeitnehmer von der Arbeit ausschließt, verstößt er gegen seine Pflicht, das Recht auf Arbeit (gemäß Artikel 4 der Verfassung) durchzusetzen. Er führt damit eine Maßnahme ein, die sich als übermäßig unausgewogen und unverhältnismäßig erweisen kann, wodurch der Wert der Menschenwürde übermäßig beeinträchtigt wird.«

Dem Artikel von *transistion-news.org* können wir entnehmen: »Der Arbeitsrichter stellte daher fest, dass die Impfpflicht für medizinisches Personal in erheblichem Maße gegen die Verfassung verstößt, und verwies den Fall an das Verfassungsgericht.«

Zuvor hatte schon der sizilianische Verwaltungsgerichtshof entschieden, dass Italiens obligatorische Covid-Impfpflicht verfassungswidrig sei. Interessanterweise gab es auch schon in anderen Ländern ähnliche bahnbrechende Urteile. So ist in Portugal schon am 19. Mai 2021 gerichtlich festgestellt worden, dass die offiziell angegebenen Todeszahlen bezüglich der Covid-19 Erkrankten um ein vielfaches überhöht waren. Anstatt der offiziell verkündeten 17.000 Toten waren tatsächlich nur 152 Menschen an Corona verstorben. Das hatte der Wissenschaftler André Diaz für die anonymen Kläger in dem Gerichtsverfahren durchgefochten.

SOLDATEN MÜSSEN GEN-IMPFUNG ERDULDEN

In Deutschland hingegen ist man sich sicher, dass auch Soldaten erdulden müssen, gegen ihren Willen »geimpft« zu werden. Es handelt sich dabei tatsächlich nicht um eine Impfung, sondern um lebensgefährliche genmanipulierende Substanzen, die auf einem gentechnisch veränderten Virus und dessen *Spike*-Protein beruhen, wie wir bereits ausführlich in früheren Artikeln festgestellt haben.

Ob diese völlig andere Sichtweise des Verfassungsgerichts auf das Thema daran liegen könnte, dass es eine klebrige Nähe zur Politik pflegt und beispielsweise gemeinsame Essen mit der ehemaligen Kanzlerin Merkel zur Regel gehörten, ist eine Frage, die wie ein Elefant im Raum steht. Aber das Verfassungsgericht selbst sieht da keine Befangenheit und lehnte einen solchen Antrag ab.

INTERNATIONALER GEBURTENRÜCKGANG

Derweil zeigt sich nun ein Trend, der wohl nicht mehr umkehrbar ist. In den letzten Wochen wurden bereits Zahlen bekannt, die einen massiven Geburtenrückgang in Deutschland (minus zehn Prozent), in der Schweiz (minus 13 Prozent) und in Schweden zeigten. In Österreich sieht man jetzt auch einen massiven Geburtenrückgang von 5,1 Prozent.

Zur Schweiz kann man auf dem Nachrichtenportal *ots.at* lesen: »Dieser Rückgang korreliert äußerst signifikant mit dem Zeitpunkt der ersten Corona-Impfung in der Altersgruppe 20 bis 49 Jahre neun Monate zuvor (niedriger p-Wert von 0,0005704). Auffallend ist ferner, dass Regionen mit einer hohen Impfquote in dieser Altersgruppe auch einen stärkeren Geburtenrückgang aufweisen: eine Impfquote von 63,9 Prozent in Zürich mit einem Rückgang der Geburten um 18 Prozent und 49,7 Prozent in der Ostschweiz bei einem Geburtenrückgang von 8,6 Prozent. Ob hier ein kausaler Zusammenhang mit der Corona-Impfung besteht, ist noch nicht endgültig geklärt. Ein Zusammenhang mit Corona-Infektionen ist jedenfalls nicht zu beobachten. Besorgniserregend ist ferner, dass sich eine ähnliche Entwicklung auch in anderen europäischen Ländern zeigt, sofern Daten vorliegen.«

LAUTERBACH BEWIRBT GEFÄHRLICHE MEDIKAMENTE

Zu guter Letzt trat der Bundesgesundheitskomiker Karl Lauterbach in einer Rolle auf, die doch eher an einen Pharmareferenten als an einen Gesundheitsminister erinnerte und bewarb eindringlich das Medikament »Paxlovid«, das angeblich gegen schwere Verläufe bei Corona-Erkrankungen helfen soll. Und das, nachdem er vorher schon Corona-»Impfungen« wie Sauerbrot angepriesen hatte, die – wie wir jetzt wissen – viel zu häufig äußerst tödlich verlaufen.

Laut einem Bericht im Magazin *Focus* sei aber nun besonders für die Risikogruppen die Einnahme von Paxlovid nicht ungefährlich, weil es Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten geben kann. Aber Karl Lauterbach ist scheinbar nicht der einzige, der aus dem Gesundheitswesen ferngehalten werden sollte. Laut dem renommierten Journalisten Boris Reitschuster gibt es alarmierende Berichte aus Impfzentren:»›Manche Ärzte sollen erkennbar nicht einsatzfähig gewesen sein. Sie hatten zittrige Hände, zeigten Zeichen von Demenz oder wirkten gar alkoholisiert‹, schreibt die *BZ*. In einem Fall soll ein Arzt eine Spritze benutzt haben, die zuvor auf den Boden gefallen war. Mediziner sollen den Angaben zufolge auch vergessen haben, die Impfstelle wie vorgeschrieben zu desinfizieren. Andere wiederum vergaßen, die Impfung korrekt zu dokumentieren.«

Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

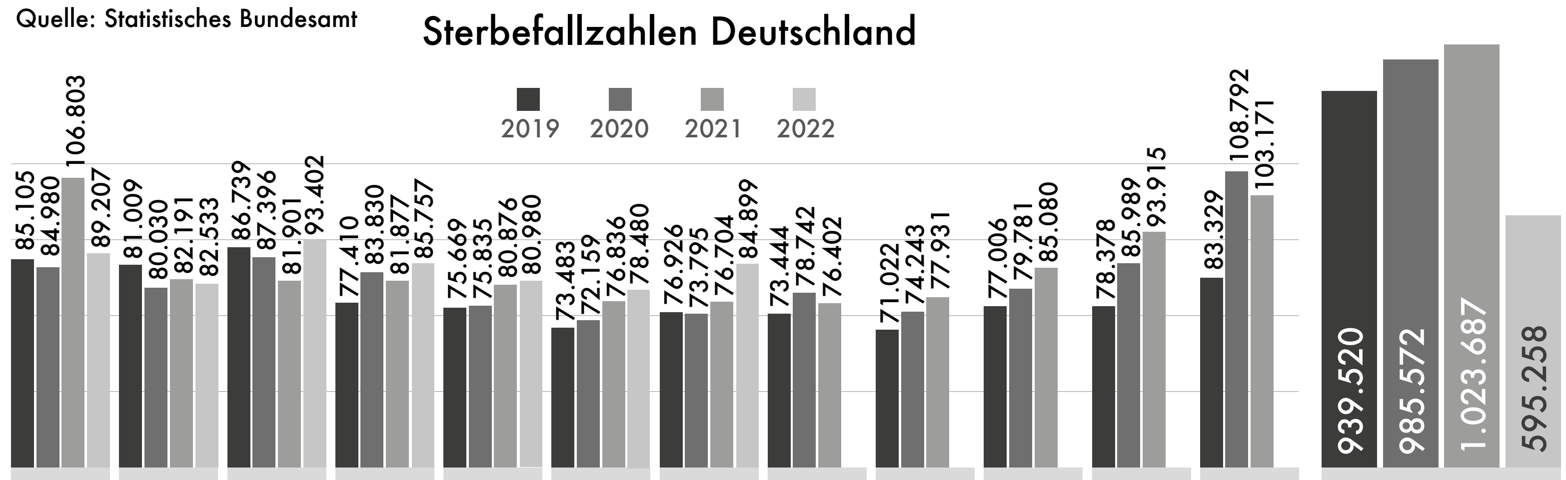
MELDUNG

KRANKMELDUNGEN AUF HÖCHSTSTAND

Hamburg/DW. Aus dem aktuellen Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse geht hervor, dass in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ein Rekordhoch im Krankenstand erreicht wurde. Noch nie zuvor waren versicherte Erwerbstätige in diesem Zeitraum so lange krank gemeldet wie in 2022, im Schnitt fehlten sie 9,1 Tage am Arbeitsplatz. Vor allem seien Atemwegserkrankungen schuld am hohen Krankenstand. Unabhängige Mediziner vermuten einen Zusammenhang mit der mRNA-Impfkampagne. (ber)



Karl Lauterbach zählt seine Impf-Schäfchen.
Karikatur: t.me/osaft007



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Menschenrechte sind Nebensache

Außenministerin Annalena Baerbock erkennt die Ansprüche des marokkanischen Königreichs auf die Westsahara an. Im Gegenzug gibt es Wasserstoff, und Flüchtlinge sollen festgehalten werden. | Von Hermann Ploppa



Die landesweiten Proteste gegen das Regime nehmen wieder Fahrt auf. Hier zu sehen: Wuppertal am 28. August. Foto: Georgi Belickin

Alles ist wieder gut. Noch vor einem Jahr herrschte diplomatische Funkstille zwischen Deutschland und Marokko. Denn die Marokkaner hatten bereits Mitte der 1970er Jahre die im Süden angrenzende Westsahara besetzt, die gerade eben aus der kolonialen Fremdherrschaft durch Spanien befreit wurde.

Die Organisation »Frente Polisario« hatte den Anspruch auf nationale Unabhängigkeit und Integrität vertreten und diese Position wurde die Position der Vereinten Nationen. Zeitweise erkannten 50 Staaten die Frente Polisario als die rechtmäßige Regierung von Westsahara an. Wegen dieser Querelen war Marokko für über 30 Jahre der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ferngeblieben. Um Fakten zu schaffen, hatte Marokko 350.000 seiner Bürger nach Westsahara geschickt.

Die Beharrlichkeit der marokkanischen Monarchie scheint sich jetzt auszuzahlen. Marokko ersann eine Art von Teilautonomie-Konzept für die Westsahara, in dem die Polisario regieren darf, aber immer unter dem staatlichen Dach Marokkos. Eine geschickte Mogelpackung, die es dem Ausland leichter machen sollte, mit Marokko wieder ins Geschäft zu kommen. Als Erster erkannte US-Präsident Donald Trump 2020 die Annexion der Westsahara durch Marokko an. In diesem Jahr akzeptierte dann auch die spanische Regierung unter Pedro Sánchez Marokkos Konzept.

KNIEFALL VOR MONARCHISTEN

Am 25. August 2022 reiste die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock in die marokkanische Hauptstadt Rabat. Die Merkel-Regierung hielt sich noch an die UNO-Vorgaben, dass die Westsahara ein eigenständiger Staat ist und Frente Polisario dessen rechtmäßige Vertretung. Rabat bestrafte Berlin deshalb noch im letzten Jahr durch den demonstrativen Abzug der marokkanischen Botschafterin aus der Bundeshauptstadt. Doch jetzt akzeptierte die Ampelregierung das marokkanische »Autonomie«-Konzept.

Die marokkanische Regierung hat Westsahara damit so gut wie in der Tasche. Dafür wird Berlin zugesichert, afrikanische Flüchtlingsströme von Europa gewaltsam fernzuhalten. Spanien hat zwei Enklaven auf marokkanischem Gebiet: Melilla und Ceuta. Immer wieder versuchen Flüchtlinge, die über zwei Meter hohen Stacheldrahtzäune zu überwinden. Erst vor kurzem wurden dabei 37 Flüchtlinge von marokkanischen Grenzschützern misshandelt und dann von der Masse totgetrampelt.

Zum anderen erhofft sich die Bundesregierung Lieferungen von »grünem« Wasserstoff als Alternative zum russischen Gas. Bis die Produktion von Wasserstoff beginnt, dürften indes noch ein paar Jährchen verstreichen. Während dessen allerdings könnte reales Gas aus Algerien verloren gehen. Denn Algerien hält der Frente Polisario die Treue und hat wegen der Unterstützung Spaniens für Marokko die Bankverbindungen nach Spanien gekappt. Auch die Gas-*Pipeline* von Algerien nach Spanien war schon einmal wegen »technischer Störungen« demonstrativ gesperrt. Nun hat Algerien sich dem von China geführten Staatenbund BRICS angeschlossen. Die neue geopolitische Weltkarte nimmt Konturen an.

MELDUNG

YOUTUBE KRIECHT ZU KREUZE

Berlin/DW. Sechs Monate lang war der in der Demokratiebewegung beliebte Youtube-Kanal »Freedom Parade« des Widerstandsaktivisten Captain Future wegen angeblicher Falschinformationen gesperrt. Die Sperrung wurde nun aufgehoben. Die Zensoren des Youtube-Konzerns entschuldigten sich mit den warmen Worten »es sei ein Fehler passiert«. Alle Videos »der Punks des Widestandes« sind nun auch dort wieder online abrufbar unter *youtube.com/c/FreedomParade/videos.* (sts)

FREISPRUCH ERSTER KLASSE

Weimar/DW. Am 25. August 2022 wurde der Komponist und Kabarettist Uli Masuth vor dem Landgericht Weimar freigesprochen. Sein Anwalt, Tobias Gall (Anwälte für Aufklärung) erläuterte dazu, alle Vorwürfe gegen Masuth als Versammlungsleiter einer Kunstaktion gegen Faschismus am 25. Februar 2021 in Weimar seien abgewiesen worden. Konkrete Verstöße konnten nicht nachgewiesen werden. Das Video der Kunstaktion »Genießt die neue Normalität« ist auf dem Youtube-Kanal von Uli Masuth zu sehen. (abe)

STRÖBELE UND GORBATSCHOW GESTORBEN

Berlin/Moskau/DW. Laut Meldungen ist der deutsche Anwalt und Politiker Hans-Christian Ströbele am 29. August 2022 im Alter von 83 Jahren in Berlin gestorben. Ströbele galt als unbeugsamer Verfechter der Bürgerrechte und des Friedens, ab 1999 dann als »Fremdkörper« in der bündnisgrünen Partei unter Joseph Fischer. Zuletzt äußerte er sich kritisch zum Nato-Krieg in der Ukraine (DW berichtete); Ströbele hielt zudem ab Ausgabe 34 ein Abonnement des Demokratischen Widerstands.

Am 30. August 2022 starb der Friedensnobelpreisträger und frühere Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, im Alter von 91 Jahren in Moskau. Gorbatschow war von März 1990 bis Dezember 1991 Staatspräsident der Sowjetunion. Er brachte den Reformprozess Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) in Gang, um die sowjetische Wirtschaftssituation zu verbessern und eine offenere und demokratischere Gesellschaft zu ermöglichen. (jro)

Regierung droht mit »Digitaler Identität«

In Italien und Frankreich führte die »ID2020« zu Volksaufständen – und wurde schließlich fallengelassen. Nun wanzen sich deutsche Berufspolitiker heran, das totalitäre Überwachungsprojekt in der BRD durchzusetzen. | Bericht von Anselm Lenz

»Ein Kernprojekt wird die digitale Identität, soetwas wie ein digitaler Personalausweis sein«, verharmloste Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) das Vorhaben der terroristisch agierenden Great-Reset-Konzernlobby.

»Dieses Schlüsselprojekt wollen wir jetzt mit Macht vorantreiben«, so Lindner bei einer Pressekonferenz nach der Kabinettsklausur am Mittwoch vor dem Schloss Meseberg bei Berlin, wo zuletzt die Nato-Nordexpansion mit den Skandinaviern ausgehandelt worden war.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der sich zuletzt vor dem Untersuchungsausschuss nicht an die Details seiner Affäre mit der Warburg-Bank erinnern wollte, sprach mehrfach von »Unterhakeln«, die Zusammenarbeit der Regierungsparteien SPD, Bündnisgrüne und FDP betreffend. Die Regierung hat Angst vor dem kommenden Aufstand. Das Reallohnniveau bricht in der BRD ein, die Inflation marschiert durch, die Preise von Lebensmitteln und Energie und Lebensmitteln gehen immer weiter durch die Decke. Zuletzt mussten bereits teils über 1.000 Euro pro Megawattstunde Strom gezahlt werden. Wie»Entlastungspakete« mit »Wumms« (Lindner) für das Volk ausfallen sollen, blieb in Meseberg weiter im Vagen. Der frühere Theaterdramaturg und heutige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) gab bereits Durchhalteparolen aus: »Wir müssen diesen Winter überstehen als Land, als Gesellschaft, als Ökonomie, um dann die Zukunft zu gestalten.«

Die aus dem Nato- und EU-Hauptquartier Brüssel diktierte Sanktionspolitik gegen Russland, lässt weiterhin einen möglichen Zusammenbruch der Versorgung von Haushalten, Verstromung und Industrie mit Erdgas in der BRD im Raum stehen (siehe Interview Seite 11).

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) drohte in der vergangenen Woche in mehreren Fernsehauftritten einen neuen Niederschluss (*Lockdown*) an. »Dann bekommen wir das ohne *Lockdown* nicht in den Griff, (...) im Moment ist der Impfschutzverlust schneller, als wir impfen können«, so der Nachfolger des berüchtigten Bankkaufmanns im Amt, Jens Spahn (CDU), in der *ARD*-Sendung »Maischberger, die Woche«. Der nächste Horrorwinter soll laut Kabinettsbeschluss von 1. Oktober bis 7. April 2023 andauern. Am 8. September hat die Demokratiebewegung eine Volksabstimmung vor dem Bundestag angekündigt, wenig später wollen die Volksvertreter dem »Infektionsschutzgesetz« zustimmen.

Lauterbach kündigte für den Winter ein Zonen- und Farbsystem nach chinesischem Vorbild an, dass die Segregation der Bevölkerung in Injizierte und nichtgenveränderte Menschen regeln soll, das wahrscheinlich im Zusammenhang mit »ID2020« und der Corona-*App* stehen soll. Demnach sollen laut Lauterbach Menschen auf Aufforderung auf dem Handy ihren »Impfstatus« mit Farbtafeln kundtun. Gleichzeitig tauchen laut Online-Meldungen in der BRD immer neue, teils im Wald getarnte, 5G-Funkmasten auf.

Im Februar 2022 hatte Lauterbach in der *ARD*-Sendung mit Anne Will kundgetan, »die nächsten zehn Jahre« habe man mit dem Umbau der Gesellschaft in die biotechnische Überwachungsdiktatur noch zutun, solange sei Covid »auch noch keine Erkältungskrankheit«.

Endlich Querfront!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Der Widerstand formiert sich neu. Immer mehr rufen nicht nur Querdenker und Rechte zu Demonstrationen auf – neuerdings sind auch Teile der verlorenen Linken wieder am Start.



Die Bürger bündeln ihre Kräfte, um dem neuen Totalitarismus ein Ende zu bereiten.
Foto: Hannes Henkelmann

Wunderbar! Wenn sich jetzt noch alle gemeinsam auf ein Ziel einigen, sich gegen ein entfesseltes Regime zusammenzuschließen, steht dem Sieg der Demokratie nichts im Weg. Ich bekenne mich schuldig. Wie Sie erahnen, gehöre ich zu denen, die mit Rechten kooperieren. Allerdings auch mit Linken und der Mitte – niemals mit Faschisten oder Totalitären. Warum? Weil es egal ist, wo jemand dieser Tage steht, solange er sich auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegt. Und wenn »links« akzeptiert wird, warum dann nicht »rechts«? Wie sehr haben wir uns »framen« lassen?

Ich lehne jede Form von Extremismus ab, egal aus welchem politischen Lager. Und die Radikalen sitzen derzeit mit Sicherheit nicht auf der Oppositionsbank. Wir haben alle gemeinsam ein Ziel: Diese Regierung muss weg! Am besten inklusive aller Fürsprecher und Kopfnicker. Dafür muss jeder bereit sein, seine individuellen, anderweitigen Überzeugungen temporär zurückzustellen. Nur wenn wir uns mit allen, die unser Grundgesetz wieder in Amt und Würden sehen wollen, zusammenschließen, können wir gegen den übermächtigen Aggressor gewinnen. Jetzt heißt es Zusammenschluss – und nach dem Sieg kann und soll dann bitte wieder demokratisch differenziert, debattiert und diskutiert werden.

IM OSTEN VIEL NEUES

Und wer macht den Anfang? Der Osten. Am Wochenende fand in Dessau eine große Kundgebung der Kreishandwerkerschaft Anhalt-Dessau-Roßlau statt, um den Unmut über die aktuelle Energie-Politik zum Ausdruck zu bringen. Laut *Mitteldeutscher Zeitung* (MZ) waren rund 2.000 Menschen vor Ort. Der Dessauer Kreishandwerkschef Karl Krökel positionierte sich in seiner Ansprache gegen eine Sanktionsspirale der Bundesregierung. Er sagte, dass man Krieg als Mittel der Politik ablehne und sich nicht länger mundtot machen lassen wolle. Die Interessen des Auslandes würden höher bewertet als die Interessen des eigenen Volkes. Das Ergebnis sei ein energiepolitisches Desaster. Bravo, Herr Krökel!

TATÜ TATA, DIE FEUERWEHR IST DA

Als Unterstützer waren Die Basis, die Linke und die AfD mit dabei. Können Sie sich vorstellen, wie das Publikum auf dieser Demonstration zusammengesetzt war? Ein Dessauer erzählte, dass er eine so offensichtliche Mischung aus politischen Lagern noch nie auf einem Platz gesehen hätte, die sich unter einem Ziel formierten. Diese Entwicklung ist hoffnungsvoll! Keine Spaltung! Jeder ist willkommen, der sich friedlich für unsere Freiheit einsetzt. Wir brauchen alle für einen heißen Herbst, die gesamte Querfront des Widerstands! Liebe Regierung, machen Sie weiter so! Denn immer mehr Menschen erwachen!

Ein gutes Beispiel könnte dafür auch ein Video von Berliner Feuerwehrmännern sein, das derzeit durch die sozialen Netzwerke kursiert (Seite 7). Es ist noch nicht bestätigt, dass es sich tatsächlich um Mitarbeiter handelt. In dem Video sprechen zwei Männer über ihre Eindrücke im Berufsalltag als Rettungswagenfahrer. Sie sprechen von auffällig vielen Impfnebenwirkungen bei Einsätzen, von Ärzten, die solche aufgrund von bürokratischer Mehrarbeit nicht schriftlich festhalten, und vom Druck, innerhalb der eigenen Belegschaft, sich dazu nicht frei äußern zu dürfen. Noch am selben Abend bezog die Feuerwehr Berlin Stellung. In der Mitteilung heißt es, es »werden nicht akzeptable Aussagen zur Corona-Pandemie und teilweise auch politische Botschaften getätigt«. Und weiter: »Die Berliner Feuerwehr distanziert sich ausdrücklich von allen Inhalten des Videos und den darin getätigten Äußerungen und Darstellungen.« Natürlich, was denn sonst! Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Der Aschaffenburger Treppenwitz

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In der vergangenen Woche hatte ich es mit einem Verfahren in Aschaffenburg zu tun, welches den gesamten Irrsinn in diesen Zeiten sehr schön offenlegt.

Tatvorwurf an die Mandantin war, dass diese einen öffentlichen Aufruf zu Straftaten gemäß § 111 StGB begangen haben soll. Dabei hatte die Mandantin via Facebook ihren circa 2.000 *Followern* (Abonnenten) »nahegelegt«, doch bei Menschen, die den geringsten Verdacht erregen, die 110 zu wählen. Hintergrund war eine Mitteilung der örtlichen Polizei, die über die Zeitung dazu aufrief, beim Beobachten von unangemeldeten Versammlungen und Spontanaufzügen notfalls auch die 110 zu wählen.

Das Dumme ist nun, dass gemäß § 145 StGB der Missbrauch von Notrufen strafbar ist. Und wer zu einem solchen Missbrauch aufruft, macht sich ebenfalls strafbar. Lustigerweise hat die zuständige Amtsrichterin korrekterweise den beantragten Erlass eines Strafbefehls abgelehnt, was dem Landgericht Aschaffenburg auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin aber mal so gar nicht gefiel.

In einer tendenziösen Entscheidung wiesen die drei Richter die bemitleidenswerte (noch junge) Amtsrichterin zurecht. Es kam also zu einer Verhandlung, dessen Ende bereits vorher feststand: Eine Verurteilung der Mandantin. Da konnte ich noch so umfangreich argumentieren. Die Richterin hatte offensichtlich ihren Mut verloren. Dabei ging es der Mandantin gerade erkennbar darum, durch Ironie und Schärfe ihre *Follower* dazu anzuhalten, gerade nicht zu denunzieren.

Im Übrigen: Die Teilnahme an einer unangemeldeten Versammlung ist sanktionslos, weshalb ein Melden dieser Personen über die 110 einen Missbrauch darstellt, sofern man das weiß. Und weil die Polizei das wissen muss und sollte, hätte der Verantwortliche für die Pressemeldung eigentlich vor Gericht gehört und nicht die Mandantin. Ein juristischer Treppenwitz!

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



DOPPELMORAL DER DEUTSCHEN JUSTIZ

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

In meiner letzten Kolumne habe ich angedeutet, dass ich die Ermittlungen gegen Oliver Janich juristisch nachvollziehen kann, was nicht bedeutet, dass ich die Aussagen in seinem Telegram-Kanal auch für strafbar halte.

Heute widme ich mich der Frage, inwieweit die deutsche Justiz noch dem Gleichheitsgrundsatz folgt. Wenn potentielle Straftaten verfolgt werden, dann muss dies unabhängig von einer politischen Agenda erfolgen, obgleich die Staatsanwaltschaften selbst nicht unabhängig, sondern weisungsgebunden sind.

Um die Probe aufs Exempel zu machen, habe ich den Bild-Journalisten Jörges bei der Staatsanwaltschaft München angezeigt, weil dieser offenkundig dazu aufgerufen hat, jemand aus dem Moskauer Machtsystem müsse eine Pistole nehmen, um der Sache (dem Ukraine-Krieg und dem russischen Präsidenten Putin) ein Ende zu bereiten. Ein klarer Tötungsaufruf und eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten.

Mir liegt inzwischen eine Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Berlin zur Sache Jörges vor. Dort wird argumentiert, dass § 111 StGB nicht verwirklicht sei, da die Tat nicht im Inland begangen werden sollte. So weit, so gut und juristisch korrekt. Aber warum wird dann gegen Oliver Janich ermittelt, in dessen Kanal wohl – von wem auch immer – gepostet wurde »Hängt Joe Biden«? Der US-Präsident besuchte Deutschland zwar schon, aber es ist doch ziemlich offenkundig, dass niemand ernsthaft glauben kann, man könnte mal so eben einen US-Präsidenten in Deutschland »hängen«. Die Tatverwirklichung ist schlicht unmöglich, ein örtlicher Bezug zu Deutschland besteht bei Janichs Aussagen nicht. Die Aussagen in seinem Kanal beziehen sich aus dem Kontext heraus auf Tribunale in den USA, und dort gibt es nun mal die Todesstrafe. Die Forderung nach Tribunalen, an deren Ende auch die Todesstrafe stehen kann, mag zwar nicht besonders schlau sein, dürfte aber in den USA unter die Meinungsfreiheit fallen.

Ich bin eine absoluter Gegner der Todesstrafe, um dies ausdrücklich klar zu machen. Ich halte von derartigen Aussagen auch überhaupt nichts. Meine juristische Bewertung ist aber ebenso klar, eine Strafbarkeit in Deutschland liegt nicht vor, trotzdem sitzt Janich in U-Haft auf den Philippinen.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee/Brettschneiderstr.
BOCHOLT: Samstag ab 12 • Temming NewMedia • Europaplatz 24-28
BONN: Donnerstag 16.15 • WDR Phoenix • Langer Grabenweg 45-47
CHEMNITZ: Montag 16.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1 ÖSTERREICH
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
GARMISCH: Montag 18.45 • GAPA Tagblatt • Alpspitzstr. 5
HAMBURG: Donnerstag ab 12 • DER SPIEGEL • Ericusspitze 1
KEMPTEN: Donnerstag 17.30 • Allgäuer Zeitung • Heisingerstr. 14
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • Münchner Merkur • Paul Heyse Str 2-4
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • Nürnberger Nachr. • Marienstr.
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch 19.15 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 17 • SR Saarland • Franz Mai Str. 8
WOLFSBURG: Montag ab 17 • Wolfsburger AZ,N • Porschestr. 74
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz Aalen – ADLKOFEN, 18:30 Uhr, am Rathaus – ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am Parkplatz Therme – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – COTTBUS, 18 Uhr, an der Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfestplatz – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18 Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – GANGKOFEN, 19:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 3.9.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.9.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 3.9.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 3.9.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 03.9.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 3.9.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 3.9.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 3.9.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 3.9.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 3.9.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.9.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 4.9.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz 1	Kundgebung und Umzug
So, 4.9.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 4.9.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 4.9.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 5.9.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 5.9.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 5.9.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 5.9.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 6.9.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 6.9.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.9.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 6.9.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 6.9.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 7.9.-8.9.2022 12 Uhr	Berlin, Washingtonplatz	24 STD. MAHNWACHE
Mi, 7.9.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 7.9.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.9.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 7.9.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 7.9.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 7.9.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 7.9.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 7.9.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 8.9.2022 10-14 Uhr	Berlin, Platz der Republik 1	GROßDEMO
Do, 8.9.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 8.9.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 8.9.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 8.9.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 8.9.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 8.9.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 8.9.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 9.9.2022 10-16 Uhr	Berlin, Platz der Republik 1	GROßAUFZUG
Fr, 9.9.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 10.9.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.9.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 10.9.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.9.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 10.9.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 10.9.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 10.9.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 10.9.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.9.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 10.9.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 24.9.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



ADMINISTRATIVER ANSATZ

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Wir erleben momentan in Teilen ein Verhalten der Polizei breiten Schichten der Bevölkerung gegenüber, das wir in verschiedenen Subkulturen seit vielen Jahren kennen, worüber aber nicht allzu viel berichtet wurde.

Jetzt kommen viele Menschen aus der Mitte der Gesellschaft mit der Polizei in Berührung, die früher nicht allzu viel Kontakt mit der Polizei hatten. Diese Menschen sind umso überraschter vom polizeilichen Handeln. Dazu hat unter anderem Prof. Dr. Thomas Feltes das Buch »Der Kampf gegen Rocker: Der ›administrative Ansatz‹ und seine rechtsstaatlichen Grenzen« herausgegeben.

Warum erwähne ich das Buch? Das Handeln, das wir teilweise erleben, in welchem sämtliche Möglichkeiten der öffentlichen Verwaltung - weit über die originären Aufgaben der Polizei beziehungsweise der Eingriffsverwaltung im Allgemeinen - ausgeschöpft werden, nennt sich »administrativer Ansatz«. Dabei werden unter anderem andere Behörden eingeschaltet, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Man nutzt in den letzten beiden Jahren kombiniert viele verwaltungstechnische Möglichkeiten gegen führende Köpfe der Bewegung: Versammlungsanmelder, Ärzte, Journalisten, Beamte, Demonstranten et cetera. Das geht so weit, dass Arbeitgeber, Berufsverbände oder Kammern kontaktiert werden, Menschen öffentlich stigmatisiert werden, Konten gekündigt oder Guthaben eingefroren werden, Unschuldige strafrechtlich verfolgt werden und Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt werden.

Das Handeln der Polizei und damit verbundener anderer Behörden ist in der Subkultur der sogenannten Rocker schon seit Jahren bekannt. Das hat die wenigsten aufgeregt. In dieser Subkultur gibt es natürlich auch Menschen, die straffällig werden, trotzdem dürfen wir nicht verallgemeinern, denn das ist eine Stigmatisierung und Etikettierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, und es gilt die Unschuldsvermutung. Zur Bekämpfung der sogenannten Rockerkriminalität gibt es seit vielen Jahren eine sogenannte Null-Toleranz-Strategie und der administrative Ansatz kommt zum Einsatz. Den erleben jetzt breite Schichten der Bevölkerung aufgrund der Maßnahmen im Zuge der »Corona-Pandemie«. Das irritiert. Diese Mechanismen und der Einsatz sämtlicher verwaltungstechnischer Möglichkeiten sind aber nichts Neues.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | VON DEM VERBAND FEUERWEHRGEMEINSCHAFT | **HERZBESCHWERDEN UND SCHLAGANFÄLLE**

Irritiert nehmen wir ferner zur Kenntnis, dass es der Glaube der Senatsverwaltung geworden ist, eine retrospektive Auswertung sei nicht geeignet, um einen Einfluss von »… nichtpharmakologischen Maßnahmen beziehungsweise unerwünschten Arzneimittelwirkungen von Impfstoffen oder Covid-19-Infektionen zu belegen beziehungsweise sicher auszuschließen.«

Es wurden trotz massiver Auffälligkeiten keine internen wie externen Konsultationen durchgeführt. Es wurde nicht einmal das RKI oder das PEI auch nur darüber informiert. Erkenntnisreich ist allerdings die Antwort hinsichtlich der Einsatzzahlen im Zusammenhang mit R-animationen. Diesbezüglich haben die Kollegen subjektiv bereits Steigerungsraten im Jahr 2021 wahrgenommen. Als Ergebnis konnte nun festgestellt werden, dass die Gesamtzahlen der Reanimationseinsätze 2018 und 2019 zahlenmäßig relativ konstant geblieben sind.



feuerwehr GEMEINSCHAFT

Berlin, den 26 August 2022

Stellungnahme

Stellungnahme der feuerwehrGEMEINSCHAFT zur Antwort der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport auf die Nachfrage durch den Abgeordneten Robert Schaddach (SPD) vom 04.07.2022 - Drucksache 19/12532

Die feuerwehrGEMEINSCHAFT begrüßt den erkennbaren Willen des Abgeordneten zur Aufklärung der widersprüchlichen Antworten der Senatsverwaltung für Inneres auf seine erste Anfrage vom 10. März 2022. Folglich haben wir mit großen Erwartungen den Inhalt der zwischenzeitlich veröffentlichten Drucksache 19/12532 studiert.

In der ursprünglichen Anfrage (Drucksache 19/11386) wurde auf die zahlenmäßigen Veränderungen der Rettungsdiensteinsätze mit Herzbeschwerden und Schlaganfällen fokussiert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2018/19 ein massiver Anstieg von 31,2% für Herzbeschwerden bzw. 27,4% bei Schlaganfällen im Jahr 2021 zu verzeichnen war. Die damals von der Senatsverwaltung für Inneres angeführten Begründungen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums, des demographischen Wandels und der genaueren Datenerfassung waren wenig überzeugend.

Es ist umso erfreulicher, dass in der jetzigen Nachfrage auf diese Ursacheninterpretation dezidiert eingegangen wurde. Die Art und Qualität der Antworten lassen uns dennoch fassungslos zurück.

Die Stellungnahme der feuerwehrGEMEINSCHAFT. Bildschirmfoto: DW

Im Jahr 2020 ließ sich ein erster Anstieg gegenüber dem Durchschnitt 2018/19 von 38,9 Prozent beobachten. Im Jahr 2021 ist ein zweiter, noch höherer Anstieg zu verzeichnen. Gegenüber dem Durchschnitt von 2018/19 liegt dieser Anstieg für Reanimationen dann sogar bei 60,7 Prozent. Dies deckt sich in der Entwicklungstendenz mit den Einsätzen hinsichtlich Herzbeschwerden und Schlaganfällen.

»GROB FAHRLÄSSIG«

Umso bedauerlicher ist es, dass die Berliner Feuerwehr im Gegensatz zur ursprünglichen Anfrage diesmal der Senatsverwaltung offenbar keine Alterskohorten zur Verfügung stellen wollte. Die Ausführungen diesbezüglich sind fadenscheinig und nicht tragfähig. Man kann nur vermuten, was die tatsächlichen Beweggründe hierfür gewesen sind. Angesichts des großen Aufwandes, welcher betrieben wurde, um die erheblichen Steigerungsraten für Reanimationen mit Veränderungen im Abfrageprotokoll herunterzuspielen, scheidet das Motivationshemmnis »hoher Arbeitsaufwand« aus unserer Sicht klar aus.

Gemäß den Ausführungen der Berliner Feuerwehrkollegen des rückwärtigen Rettungsdienstes ist ein Anstieg im Hinblick auf das Abfrageprotokoll tatsächlich in Ansätzen nachvollziehbar und hat wie in der Antwort beschrieben stattgefunden. Dennoch macht dies nicht den gesamten Einsatzzahlenanstieg aus, sondern hat sich nur zusätzlich ausgewirkt. Die bereinigte Höhe ist unglücklicherweise somit durch uns nicht seriös abzuschätzen.

Als Fazit lässt sich ziehen, dass nunmehr ein fehlender Wille zur Aufklärung seitens der Senatsver-waltung und der Berliner Feuerwehr deutlich unterstrichen worden ist. Das teils groteske Antwortverhalten trägt nicht dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung in das verantwortungsvolle Handeln aller beteiligten Institutionen zu stärken und stellt im gewissen Maße auch eine Missachtung des anfragenden Abgeordneten dar. Der offenkundige Unwillen in dieser Angelegenheit tätig zu werden, zwingt somit insbesondere jeden von der Impfnachweispflicht betroffenen Kollegen seine eigenen Schlüsse hinsichtlich einer Behandlung mit sogenannten Coronavakzinen zu ziehen. Ein derartiges »Weiter so!« in Anbetracht der vorliegenden Ergebnisse auf dem Rücken der Gesundheit der Kollegen im Hinblick auf die Nachweispflicht ist nicht nachzuvollziehen und bewegt sich im Bereich »grob fahrlässig«.

Die Feuerwehrgemeinschaft nahm Stellung auf eine Antwort der Berliner Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport auf die Nachfrage durch den Abgeordneten Robert Schaddach (SPD) vom 4. Juli 2022. Dieser hatte mit der Drucksache 19/12532 dezidiert Nachfragen zu den gestiegenen Einsatzzahlen an die Regierung gestellt, die in der Stellungnahme der Feuerwehrgemeinschaft vom 26. August 2022 aufgegriffen werden. (ale)

NIE WIEDER PANDEMIETERROR

Der Bundestag will nächstes Infektionsschutzgesetz beschließen: Am 8. und 9. September werden große Proteste in Berlin erwartet. | Von Ali Wagner

Die Demokratie-Bewegung rüstet sich für eine Mega-Demo, denn am 8. September 2022 soll im Bundestag ein neues Infektionsschutzgesetz durchgewunken werden.

In diesem wird für einen Zeitraum von über einem halben Jahr, nämlich vom 1. Oktober 2022 bis in den April 2023 hinein, den Ländern freie Hand gegeben, jeweils unter Berufung auf eine »Infektionslage«, selbständig die aus den letzten beiden Jahren bekannten Freiheits- und Grundrechtseinschränkungen vorzunehmen. So werden Kinder in der Schule wohl wieder Masken tragen sowie Bewohner von Seniorenheimen in Kontaktarmut leben müssen. Dagegen formiert sich aber massiver Widerstand quer durch die Gesellschaft. Parallel zur Bundestagsabstimmung startet also am 8. September 2022 um 10 Uhr auf der Wiese vor dem Bundestag eine Kundgebung.



Demokraten sind sich sicher: Die Wende wird bald kommen. Foto: Georgi Belickin

Es werden Tausende Teilnehmer erwartet, die gegen die nächste Auflage des besagten Gesetzes aufbegehren werden. Die Organisatoren dieser parteiunabhängigen Aktion (Arbeiter, Studenten, Pfleger, Studenten, Mittelständler und viele mehr) weisen dringend darauf hin, dass die Lage für diese Proteste zur Zeit noch sehr günstig, da frei von Auflagen (zum Beispiel Maskenzwang und Mindestabstände) ist.

Am Tag darauf, dem 9. September 2022, findet eine zweite Demonstration statt, die ebenfalls um 10 Uhr startet (Platz der Republik 1, vor dem Bundestag). Die Route führt an zahlreichen Bundesministerien vorbei. Es wird versucht werden, mit den zuständigen Politikern in Kontakt zu kommen, um zu verdeutlichen, dass die Bevölkerung sich weder erneut einsperren lassen noch sich zu sonstigen Eingriffen in die persönliche Freiheit nötigen lassen wird.

Der Demokrat Leif Hansen aus Kiel hat hierfür im Vorfeld an alle Ministerien Presseanfragen gestellt. Unterstützen kann man diese Aktion natürlich durch die eigene Teilnahme, aber auch durch Verbreiten derselben in den sozialen Netzwerken. Es wird darum gebeten, etwaige Fahnen zu Hause zu lassen. Trillerpfeifen, Trommeln et cetera sind dagegen ausdrücklich erwünscht.

MELDUNG

BILANZ DER UZ-DEMO AUF LUXEMBURG-PLATZ

Berlin/DW. »Die organisierte politische Linke fällt in der BRD als Faktor völlig aus. Wer für seine eigenen Interessen, die Arbeiterklasse oder gesellschaftliche Themen in der BRD etwas erreichen will, hat nur noch die außerparlamentarische Demokratiebewegung (Querdenker) oder die Neue Rechte, denen das gesamte gewerkschaftliche Potential zufließt. Alles andere ist nunmal klinisch tot, wie hier überdeutlich wird.«

Diese Bilanz zog der erfahrene Gewerkschafter Johnny Rottweil (Demokratische Gewerkschaft, DG) aus zwei Tagen Roter Jahrmarkt auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz am 27. und 28. August 2022. Zu den aufwendig gestalteten rund 30 Ständen, Zelten und Kleinkunstbühnen waren während der 48 Stunden insgesamt etwa 400 Gäste erschienen. Besondere Polizeimaßnahmen fanden auf dem Platz nicht statt. Die Veranstaltungen werden dem Spektrum der Tageszeitung junge Welt, den Parteien DKP und Linkspartei sowie Gewerkschaften zugerechnet.

Noch weiter als Rottweil ging das Resümee der früheren Texterin aus dem Spektrum Susann Witz-Stahl: »Wir sind abgefüttert, satt bis zur Suizidalität. Viele von uns sind außerdem gespritzt. Wir haben auf der Leitungsebene jahrzehntelang Funktionärsgehälter bekommen (…) mit denen wir Altbau in Berlin angezahlt haben. Das verändert das Bewusstsein. Für uns alle ist es Zeit aufzugeben. Unsere Zeit ist vorbei, Altersschnitt 78. Ich für meinen Teil habe bereits aufgegeben und gehe dann ab Herbst mit auf Didis Finka in Cala Ratjada (Mallorca, Red.). Sollen die Leute hier doch verrecken, wir haben uns lange genug verbogen.«

Als Ergebnis einer Diskussion über Grundrechte, Polizeigewalt und Medizinethik wurde ein »Demokratie-Kongress« im kommenden halben Jahr angedacht, wobei man für die Mittel-Akquise noch eine Erbschaft abwarten müsse. Auf dem kommenden Kongress könnte dann »andiskutiert werden«, um »zu einer Analyse der Corona-Zeit und des Krieges« zu gelangen. Jetzt sei nicht der Zeitpunkt dafür gekommen, so ein Sprecher am Sonntagnachmittag. (bnd)

»Corona und der ganze Kokolores«

oder »Wie ich das Links-Rechts-Narrativ aufbrach« | Von Hannes Henkelmann

In Berlin treffe ich Bettina Coronita. Wir sprechen über den Master, den Muskelkater, die Machete und improvisatives Singen.

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Mein Name ist Bettina, ich wurde 1988 in Ost-Berlin geboren und habe eine 14-jährige Tochter. Als junge Alleinerziehende habe ich sieben Jahre in einem Großkonzern als Industriekauffrau und als Mitglied des Betriebsrates gearbeitet. Diesen gut bezahlten, sicheren Job gab ich 2015 auf, um *Public-* und *Nonprofit-Management* zu studieren, mit dem Plan, in der Stadtentwicklung tätig zu werden und meine Arbeitskraft sinnvoller zu nutzen. 2020 machte ich dann meinen Bachelor, ließ aber wegen Corona und des ganzen Kokolores mit Maske und später 3G den Master sausen.

Bevor wir über Corona sprechen, berichten Sie kurz über Ihre künstlerischen Talente.
Nun, ich habe über zehn Jahre Laientheater gespielt, stets klassisches Theater von Max Frisch über Molière bis Sartre, sowie mehrere Bandprojekte als Sängerin begleitet, vorrangig mit eigenen deutschen Texten.

Kommen wir jetzt zur Corona-Krise. Wie kamen Sie zum Widerstand?
Als zu Beginn des Jahres 2020 die ersten vermeintlichen Katastrophenberichte in den öffentlichen Medien präsentiert wurden, bekam ich Gänsehaut am ganzen Körper und wusste sofort, dass das der Beginn von großem Elend ist. Zudem befürchtete ich, dass mehr Menschen in der Zukunft an Angst, Impfung und Isolation als am Virus versterben würden. Der Grund meiner großen Skepsis liegt in meiner Sozialisation, denn ich hatte das Glück, nicht nur mit einer anthroposophischen Weltanschauung aufzuwachsen, sondern dank meiner Eltern auch gänzlich ungeimpft zu sein. Ich bin davon überzeugt, dass jede Impfung und übermäßige Medikamentengabe den Geist beziehungsweise die Seele etwas mehr verstopft oder gar vom Körper trennt. Als die ersten Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen begannen, war ich zunächst auch betreffend des frühen »Nazi-*Framings*« abgeschreckt. Irgendwann verstand ich aber, dass dies nur eines der althergebrachten Instrumente der Spaltung war, und so brach ich – die »links-grün« sozialisierte Berlinerin – dank Corona das Links-Rechts-Narrativ auf und wurde Aktivistin.


Die lebenslustige Berlinerin Bettina lässt sich vom Corona-Regime nicht die Laune vermiesen.
Foto: Hannes Henkelmann

In welcher Form leisteten Sie Widerstand?
Zunächst ging ich erst mal nur auf Demos. Und zwar auf die Umzüge der Freedom Parade, die von Captain Future initiiert worden war. Die Öffnung der Kultur- und Klubszene als Credo war mir sofort sympathisch. Wut und Angst mittels Freude und Tanz zu minimieren sowie stets Umstehende einzuladen, ist meinem Empfinden nach die effektivste Form des Protestes. Hier scheiden sich die Geister, doch bin ich überzeugt: Wut kann zwar ein guter Katalysator sein, um in Bewegung zu kommen, aber nur Liebe kann eine friedliche Zukunft erbauen. Ende des Jahres 2020 rutschte ich näher an den Kern der Freedom Parade heran und nahm mit Micha alias Captain Future den Hit »Ein bisschen Sars muss sein« auf. Hierfür gab ich mir den Künstlernamen »Coronita«. Als uns im Winter auf dem Alexanderplatz das Singen und Tanzen als Auflage zur Demo polizeilich verboten wurde, schrieben wir das Lied »Die Protestpolonaise«, um den friedlichen, zivilen Ungehorsam auch so zu unterstützen. Tanz und Gesang als Protest etablierten sich danach recht zügig.

Wann betraten Sie zum ersten Mal eine Demo-Bühne?
Ende 2020 trug ich erstmals Gedichte von mir auf einer Protestveranstaltung am Alexanderplatz vor. Im Frühjahr 2021 stand ich dann zum ersten Mal als »Wonderwoman« zum Anheizen mittels Tanz, Gesang und Ansprachen auf dem Wagen neben dem Captain. Auf dem fahrenden, ruckelnden Pritschenwagen stundenlang zu zappeln, war absolut schweißtreibend und führte dazu, dass ich ganz neue Muskelgruppen kennenlernte und sich diese auch zackig verkaterten. Später sprach ich auch auf zahlreichen Demonstrationen, trug meine Gedichte und Lieder vor, und hin und wieder begleitete mich auch meine Ukulele.

Das schreit nach ein wenig Instrumentenkunde. Schließen Sie eine Wissenslücke, erzählen Sie die Geschichte der Ukulele. Und warum sie für Sie das perfekte Demoinstrument ist?
Die auf Madeira entwickelte Machête, bitte nicht mit Buschmesser verwechseln, war eine kleinere Version der Gitarre. Sie wurde Ende des 19. Jahrhunderts nach Hawaii gebracht und bekam dort den Namen Ukulele, was »hüpfender Flo« bedeutet. Mit diesem kleinen und leichten Instrument kann man gut singen und tanzen oder eben hüpfen oder laufen. Zudem ist die Ukulele für zarte Finger leichter zu spielen als eine klassische Gitarre, ausgesprochen leicht im Rucksack zu transportieren und sie ist schnell griffbereit, um zum Beispiel auf Demos Polizisten improvisativ zu besingen.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

SATANISCHE LINIE

Hallo, wir haben eine gültige Verfassung. Ihr seid dabei, das ungebildete Volk wieder auf eine weitere satanische Linie zu schicken. Es bedarf keiner kranken Parteien mehr. Ihr wollt dieses kranke System weiterführen. Verfassung, ein Begriff, der offensichtlich das Volk weiter täuscht. Es ist eindeutig, dass das Grundgesetz auf das Alte aufbaut … »Wir haben keinen Staat zu errichten …« Bekennt Euch!!!
– anonym

CYBERFOLTER IN DEUTSCHLAND

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank an alle, für eure wertvolle Arbeit, mein Respekt! Strahlenfolter in Deutschland und Europa muss öffentlich gemacht werden. Wir Opfer sind registriert (über 200), der »Psychotronische Holocaust einer blinden Gesellschaft« von Volkhard Zukhale – leider für viele schon Realität – beschreibt das Thema sehr gut. Buchtipps: Peter Kutza über Strahlenwaffen. Über SAR-Lupe, phasengesteuerter Radarsatellit, von Michael Weissenborn, Mikrowellenterror von Dr. Munzert, E-Waffen und viele mehr. Paul Schreyer könnte doch diesbezüglich seine Recherchekunst unter Beweis stellen. Im Übrigen war der *MDR* der einzige Sender, der damals darüber berichtete. Helmut Michael »Krank durch Strahlung«, »Versklavte Gehirne« von Heiner Gehring, verstarb mit nur 46 Jahren. Sehr sehenswerter Film »Neuroweapons« von Katherin Horton. Über diese Verbrechen zu schweigen, ist meiner Ansicht nach ein noch schlimmeres Verbrechen. Ich kann nur hoffen, Sie mit der Ernsthaftigkeit dieser Themen zu erreichen. Auch an die Täter möchte ich appellieren: Hier auf Erden geht ihr vielleicht straffrei aus, aber im Himmel gibt es eine Gerechtigkeit, der man sich nicht entziehen kann. In Sitzung 115 bei »Corona-Ausschuss« war auch von der Nanotechnologie die Rede, mit der dann über 5G gesteuert und gefoltert werden kann, auch diese – so bin ich mir sicher – wurde schon installiert, wichtig wird sein, wie wir uns davor schützen können, und auch zur allgemeinen Aufklärung beitragen können, von diesen menschenverachtenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Freue mich, von Ihnen zu hören. Auf Grund meiner seit 2017 gemachten Erfahrungen und der dann folgenden Recherche spricht alles dafür, dass diese Techniken im Einsatz sind, die Folter besteht überwiegend zersetzend in gestörten, manipulierten Alpträumen. Mit diesen Biofrequenzen können sie komplett in dich eintauchen und steuern. Ich möchte nochmals abschließend betonen, dass es mir fern liegt, Aussagen die so schwerwiegend sind, nicht ohne langjährige selbstgemachte Erfahrung, von mir zu geben. Erfahrungswerte von fünf Jahren stelle ich Ihnen zur Aufklärung gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen.
– Michael W.

AUF DEM SCHIRM
- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand



Demokraten wollen Widerstand leisten, statt zuzusehen wie Deutschland politisch und wirtschaftlich untergeht. *Foto: Georgi Belickin*

Der finale Suizid der deutschen Wirtschaft

Nach der Selbstverstümmelung im Sanktionskrieg gegen Russland: Wirtschaftsminister Robert Habeck will die Geschäfte mit China komplett beenden. | Von Hermann Ploppa

Habeck zeigte sich erschüttert durch die Xinjiang-*Papers*. Verschiedene westliche Medienhäuser hatten gemeinsam ein Dossier zu Menschenrechtsverletzungen in der muslimischen Provinz Xinjiang in Chinas äußerstem Westen veröffentlicht. Masseninternierungen und Umerziehungslager werden in den veröffentlichten Dokumenten in den grellsten Farben gemalt.

Der deutsche Auto-Weltmeister VW betreibt allerdings zusammen mit dem chinesischen *Joint-Venture*-Unternehmen SAIC eine Produktionsstätte in Xinjiang. Grund genug für Habeck, den Wolfsburgern staatliche Garantien für deren Investitionen im Reich der Mitte zu streichen. Seit Jahrzehnten bürgt die Bundesrepublik Deutschland bereits für Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in unsicheren Ländern dieser Welt. Vor allem die berühmten Hermes-Bürgschaften machten es möglich, dass deutsche Industrieunternehmen in Milliardenhöhe in der früheren Sowjetunion, in Ägypten oder eben auch in China Investitionen wagten.

Sollten die deutschen Investitionen aus welchen Gründen auch immer verloren gehen, muss der betroffene Konzern nicht gleich Konkurs anmelden, denn die Solidargemeinschaft der Steuerzahler kommt für die abgeschriebenen Verluste in der Fremde auf. Ohne diese Ausfallbürgschaften hätte der gesamte Osthandel oder auch der vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt angebahnte China-Handel nie stattgefunden.

MENSCHENRECHTE MIT ZWEIERLEI MASS

Natürlich sind die von Habeck einseitig gegen deutsche Investoren in China verhängten Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen des Gastgeberlandes pure Heuchelei. Die Liste der Staaten, in denen deutsche Investoren mit deutschen Ausfallbürgschaften operieren und in denen es krasseste Menschenrechtsverletzungen gibt, ist lang. Doch Habeck will im Gleichschritt mit dem von der Grünen Annalena Baerbock geleiteten Auswärtigen Amt dem deutschen China-Handel den Garaus machen.

Sämtliche 11,3 Milliarden Euro an Investitionsgarantien deutscher Unternehmen in China sollen gestrichen werden. Oder zumindest ganz erheblich begrenzt werden. So klar ist das jetzt noch nicht. Zudem müssen alle Direktinvestitionen in China zukünftig beim Bundeswirtschaftsministerium brav angemeldet und genehmigt werden. Bis jetzt hatten nur die chinesischen Behörden einen exakten Überblick über das Ausmaß deutscher Direktinvestitionen. Und der arme Bundeskanzler Scholz, der von den übereifrigen Transatlantikern in seinem Kabinett gejagt wird, dozierte jüngst darüber, es gehöre zum Einmaleins der Wirtschaftskunde, dass man kein »Klumpenrisiko« erzeuge. Soll heißen: Es ist gefährlich, von den Wirtschaftsbeziehungen eines einzigen Landes wie China allzu stark abhängig zu sein. Das ist im Prinzip richtig.

Jedoch: Es steckt ein gehöriger Happen Ironie in der Geschichte. Denn tatsächlich nehmen die deutschen Direktinvestitionen in China gerade jetzt explosionsartig zu. Im *Lockdown*-Jahr 2020 befanden sich die deutschen Direktinvestitionen in einem historischen Tief mit nur 100 Millionen Euro, um schon ein Jahr später wieder auf 5,7 Milliarden Euro hochzuschnellen. Und jetzt wurden alleine im ersten Halbjahr 2022 bereits zehn Milliarden Euro von deutschen Unternehmen in China investiert!

Auch das Handelsvolumen von China und Deutschland ist bedeutend und betrug im Jahre 2021 245,97 Milliarden Euro. Und die Importe aus China sind im ersten Halbjahr 2022 bereits um 45,7 Prozent angestiegen. Damit ergibt sich ein Handelsbilanzdefizit von 41 Milliarden Euro gegenüber China. China ist definitiv der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands. Was eine Abkoppelung von diesem wichtigen Markt für Deutschland bedeutet, lässt sich nach den jetzt schon verheerenden Folgen der Abkoppelung vom wesentlich weniger bedeutenden Handelspartner Russland erahnen. Es braucht doch niemand zu glauben, dass Länder wie Vietnam, Taiwan, Malaysia oder Kambodscha die chinesische Lücke auch nur mittelfristig stopfen könnten. Der Ruin deutscher Schlüsselindustrien wäre vorprogrammiert.

Die Volkswagen AG verkauft schon seit vielen Jahren mehr Autos in China als in Deutschland. Betroffen wäre auch die chemische Industrie, allen voran BASF. Die Ludwigshafener bauen gerade für zehn Milliarden Euro eine gigantische Anlage in Zhanjiang, in der aus Rohöl Naphta hergestellt wird. Der Strom für dieses Verfahren stammt übrigens aus erneuerbarer Energie. BASF-Chef Brudermüller kommentiert Habecks Rückzugsbefehl diplomatisch: »Es ist schwierig zu sagen, man nehme daran nicht teil.«

ALS LAKAI DER USA IN DEN ABGRUND

Deutlicher äußert sich da schon der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen Dirk Jandura: »Ein sofortiger und kompletter Rückzug aus China ist aus volkswirtschaftlicher Sicht aktuell nicht möglich. Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten sind im Falle Chinas um ein Vielfaches höher als bei Russland.« Und Markus Jerger vom Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW) sagte dem *Handelsblatt*: »Ein globaler Handel ohne China ist schwer vor- und darstellbar, denn schon heute leiden weltweit Unternehmen und Konsumenten unter den weiter zunehmenden Lieferengpässen.«

Nun ja, das sind die direkten Interessenvertreter gewisser Abteilungen unserer Wirtschaft. Wir leben aber in einer sogenannten »Verbände-Demokratie«. Über den Interessenverbänden stehen jedoch die Interessenvertreter einer geopolitischen Agenda der USA. Stellvertretend für diese Kreise beklagen das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) und die Stiftung Wissenschaft und Politik unablässig die Investitionsfreude deutscher Unternehmer in den bösen Staaten Russland und China. Der IW findet es »verständlich, dass sich Politik und Wirtschaftsvertreter in Deutschland seit Längerem dafür aussprechen, die Abhängigkeit von China zu verringern. Unverständlich dagegen ist, dass die deutschen Unternehmen genau gegenteilig handeln.«

Hier muss noch viel Druck ausgeübt werden, um die deutschen Unternehmer zum Selbstmord zugunsten eines Krieges der USA gegen China zu bewegen. Zum Beispiel um den Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Thilo Brodtmann auf Linie zu bringen, der den Rückzug aus China für seine Klientel rundweg ausschließt: »Dafür ist der Markt viel zu groß und zu wichtig.« Punkt.

Währenddessen werden die Reihen um die USA herum fest geschlossen. Nach den Provokationen der Senatssprecherin Nancy Pelosi in Taiwan wird dieser Inselstaat jetzt massiv von den USA aufgerüstet. Und die deutsche Fregatte »Bayern« unserer Bundesmarine schipperte munter im Fahrwasser der amerikanischen Flotten im südchinesischen Meer herum. Weitere deutsche Beteiligungen am amerikanischen Krieg gegen den Herausforderer China sind in Arbeit.

Ach, übrigens: das Handelsvolumen zwischen den USA und der Volksrepublik China erreichte im Jahre 2021 mit 657,4 Milliarden US-Dollar einen neuen historischen Höchststand. Wir merken uns: »America First!«

ZINSERHÖHUNGEN ERZEUGEN »GEWISSE SCHMERZEN«



Wird es in Deutschland bald dauerhafte »Occupy Frankfurt«-Proteste geben? Foto: Georgi Belickin

Die Chefs der wichtigen westlichen Notenbanken trafen sich, um energische Schritte gegen die galoppierende Inflation zu beschließen. | Von Hermann Ploppa

Der Chef der US-amerikanischen Zentralbank Federal Reserve (FED), Jerome Powell, fasste sich kurz. In nur acht Minuten verkündete er vor erlesenem Publikum, dass er die Leitzinsen demnächst erneut um 0,75 Prozent anheben will.

Das wird möglicherweise nicht die letzte Erhöhung der Leitzinsen sein. Bis zu vier Prozent könnte es schon nach oben gehen. Die Leitzinsen sind ein wichtiges Steuerungsmittel. Die Zentralbanken geben den angeschlossenen Privat-, Gesellschafts- und Genossenschaftsbanken Kredite, damit Letztere Kredite an ihre Kunden ausgeben können.

Wenn die FED ihre Zinsen erhöht, müssen die angeschlossenen Geldhäuser notwendigerweise ihre Zinsen auch mindestens um den Satz der Zentralbank anheben. Werden Kredite folglich teurer, werden die Kunden weniger Kredite anfordern. Und damit auch weniger investieren. Weniger kaufen. Weniger Leute einstellen. Man hat also die Wirtschaft ausgebremst in der Hoffnung, damit auch die Geldentwertung bremsen zu können. Und die Inflation ist seit der Corona-Kampagne rasch angestiegen auf bis zu zehn Prozent. Was für die (noch) wohlhabenden Länder des Westens zuletzt in den 1970er Jahren vorgekommen ist. Im idyllischen naturbelassenen Tal im US-Bundesstaat Wyoming, in Jackson Hole, trafen sich also in zwanglosem Rahmen die Vertreter der Notenbanken der USA, aus Japan, Südkorea und von der Europäischen Zentralbank. Beschlossen wurde in Jackson Hole nichts. Aber eben angedacht. Der FED-Präsident Powell ist hier die absolute Hauptperson und er verteidigt seine drastischen Zinserhöhungen: »Dies sind unerfreuliche Kosten, um die Inflation wieder zu senken. Aber ein Scheitern bei der Wiederherstellung der Preisstabilität würde weit größere Schmerzen bedeuten.« Für die Europäische Zentralbank ist nicht deren Chefin Christine Lagarde anwesend, sondern Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel aus Deutschland. Auch sie tritt für eine energische Zinserhöhung ein. Wenn FED-Chef Powell den Kammerton vorgibt müssen die anderen Orchestermitglieder folgen.

EUROPA WIRD AM MEISTEN BLUTEN

Trotzdem wird die Zinserhöhung der EZB »flacher« ausfallen. Die USA befinden sich in einer weit besseren Situation als Westeuropa. Die USA pressen mit Fracking noch die letzten Gas- und Ölreste aus den Poren ihres Heimatbodens und sind zumindest bis zur Mitte des Jahrhunderts nicht so stark von Energiepreiserhöhungen betroffen wie Deutschland. Auch haben die Amerikaner keinen Ukraine-Krieg direkt vor der Haustür. Und die Immobilienblase war schon lange reif zum Platzen. Da ist die Inflation jetzt nur noch der ultimative Nadelstich. Trotzdem zeigte sich auch die US-Börse nach der Powell-Ansage stark verschnupft. Gold und Bitcoin stürzten erstmal ab. Aktien von Technologie-Firmen gaben nach. Die Aussicht auf teurere Kredite für technologische Innovationen trübte die Stimmung. Aber das ist alles durchaus zu verkraften.

Für Europa sieht das Ganze viel bitterer aus. Die Inflation galoppiert. Die Notenbanken müssen also zwangsweise auf die Bremse treten. Wobei sie ganz genau wissen, dass die Einbußen im Lebensstandard schon jetzt beträchtlich sind. Zudem sind im Euro-Raum Staaten mit unterschiedlichsten Belastbarkeiten vereinigt. Während die nordeuropäischen Staaten mit ihrer Wirtschaftskraft Schulden noch gut abzahlen können, treffen die Zinserhöhungen die stark verschuldeten, eher wirtschaftsschwachen Länder wie zum Beispiel Italien erheblich. Also muss die Europäische Zentralbank diesen Ländern durch Ankäufe von Staatsanleihen zusätzlich unter die Arme greifen.

In der Reagan-Ära der 1980er Jahre wurde die Inflation in den USA mit Leitzinsen um die 20 Prozent gelöscht. So weit wird es heute nicht kommen. Aber trotzdem könnten höhere Zinsen erneut dazu führen, dass die USA Kapital aus anderen Regionen, auch aus Europa, wie ein Magnet anzieht und die USA sich damit frische Liquidität beschaffen könnte. Bei einer Staatsverschuldung von 30,6 Billionen Dollar ein sicher nicht ganz unwillkommener Nebeneffekt.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

ENTBEHRUNG ZU HAUSE, BESCHERUNG IM AUSLAND

Kiew/DW. Während die deutsche Bundesregierung die heimische Bevölkerung auf Entbehrungen einschwört, spendiert sie der Ukraine weitere Waffenlieferungen im Wert von mehr als 500 Millionen Euro. Unter den gelieferten Waffen befinden sich drei Luftabwehrsysteme des Typs Iris-T, ein Dutzend Bergepanzer, 20 Raketenwerfer sowie Antidrohnen-Geräte. Die Waffen sollen jedoch hauptsächlich erst im Jahr 2023 geliefert werden. Am 24. August kündigten auch die USA ein weiteres Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von drei Milliarden Dollar an. (ffe)

IMPORTE MIT BITCOIN

Teheran/Moskau/DW. Wie iranische Medien berichten, dürfen iranische Unternehmen ihre Importgeschäfte nun auch offiziell in Bitcoin und Co. abwickeln, statt in Euro oder US-Dollar. Der Iran möchte so Sanktionen umgehen, da dezentrale Blockchain-Netzwerke wie Bitcoin und Ethereum die Möglichkeit bieten, ungehindert sichere internationale Transaktionen zu tätigen. Kurz nach dieser Bekanntgabe teilte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin mit, dass auch Russland über die Nutzung von Kryptowährungen für Importe nachdenke. (ber)



Karikatur: t.me/osaft007



Der letzte Winter des Mittelstands

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

Zu 82 Prozent sind sie aktuell gefüllt, die heiß diskutierten Gasspeicher. Das Ziel ist 85 Prozent bis Oktober.

Das kalte Duschen und der trockene Waschlappen sowie die Einsparungen im Sommer haben es gebracht, sagt unser Wirtschaftsministerium. Was für ein Glück, dass wir diese weitsichtigen und lebenserfahrenen Politiker in unserem Lande haben. Bei der Gasumlage wird gestritten und gelogen, dass sich die Balken biegen, vor allem von denen, die sie mit erschaffen haben. Solidarisch drehen Deutsche brav den ersten Vermietern das Gas und das Warmwasser ab, müssen von Juristen darüber aufgeklärt werden, was zu einem menschenwürdigen Wohnen gehört. Die große Mehrheit der 99 Prozent lässt sich weiter demütigen. Und natürlich steht auf der *Webseite* der *Tagesschau*, der Krieg in der Ukraine hätte die Energiekrise ausgelöst. Würde dort die Wahrheit stehen, dann wüssten die 99 Prozent, dass die Sanktionen als einziges Ziel die geplante Zerstörung des deutschen Mittelstandes haben. Ob sie sich dann immer noch in der Fußgängerzone über die Trommeln der Montagsspaziergänger aufregen würden?

Derweilen sind mittlerweile bereits 72 Prozent der Mittelständler massiv von den explodierenden Energiepreisen bedroht, 58 Prozent laut eigenen Angaben existentiell. 89 Prozent der Mittelständler fordern vom Staat Maßnahmen zur Energiepreissenkung. Das Thema hat schon längst die Themen Fachkräftemangel, gestörte Lieferketten oder gar die hohe Besteuerung links überholt. Die nächste nach Corona geschickt ins Feld geführte Krise, um von den wahren Themen abzulenken. Die große Frage ist, wird die breite Masse irgendwann beginnen, sich mit den wahren Zusammenhängen zu beschäftigen? Die Antwort auf die Frage, wer das bezahlen soll, erübrigt sich von selbst.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel »Made in Germany«!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Baerbocks Wahnwitz

»Grüne« Nato-Lakaien im Kriegs- und Größenwahn: »Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit« | Ein Kommentar von Uli Gellermann

Frau Baerbock ist Außenministerin. Warum auch immer. Immer häufiger macht sie auf Kriegsministerin.

Immer dann, wenn sie der Wahn packt, will sie sich mit Russland anlegen. Natürlich nicht so direkt. Die Ukrainer sollen das für sie machen: »Für mich ist klar: Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung, und wir unterstützen sie finanziell und militärisch – und zwar solange es nötig ist. Punkt.«

Stimmt: Die armen Ukrainer verteidigen unsere Freiheit, in der Nato zu bleiben und dafür 53,03 Milliarden Euro Rüstungsausgaben zu zahlen. Die Ukrainer sind raffiniert: Sie verteidigen »unsere« Friedensordnung, indem sie jahrelang die ukrainischen Russen im Donbass bombardieren, so lange, bis die Russen keine Lust mehr haben, dem Morden tatenlos zuzusehen und zurückschlagen.

NATO-TREUE DER GRÜNEN

Frau Baerbock hat gemeinsam mit Robert Habeck einen Wahlkampf unter dem Slogan »Bereit, weil ihr es seid« geführt. Wer das für das übliche dumme Polit-Zeugs gehalten hatte, der hat nur den Doppelsinn nicht begriffen: Wir Grünen sind bereit, in der Folge von Joschka Fischer, in einem Nato-Krieg mit Waffen zu helfen und ihr Wähler werdet schon von den üblichen Medien so lange auf Kriegskurs getrimmt, bis ihr unseren für euren Krieg haltet.

Dass die Grünen-Wähler diese Nato-Treue außerdem mit höheren Gaspreisen bezahlen müssen, hatten Baerbock und Habeck nicht vorher angekündigt. Immerhin erfuhr man aus der Tagesschau von Frau Baerbock, dass die neue Gas-Pipeline Nord Stream 2 von Russland nach Norddeutschland »so nicht genehmigt werden kann«. Das freute die Sanktionsfreunde und die Preistreiber auch.

INDIEN NIMMT AN RUSSLANDS MILITÄRMANÖVER TEIL

Sicherlich unbeabsichtigt aber effektiv hat die Baerbock an der Bündnisfähigkeit der Russen gearbeitet: Indien kauft so viel russisches Öl wie nie zuvor, die Geschäfte laufen prächtig. Indien nimmt auch an Russlands Militärmanöver »Wostok 2022« teil. Jüngst meldete die großmäulige deutsche Außenministerin zu China und Taiwan: »Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt – und das gilt natürlich auch für China«.

Außer Baerbock weiß niemand von einem chinesischen Überfall. Dass chinesische Truppen an gemeinsamen Militärübungen in Russland teilnehmen, an Manövern, an denen auch Indien, Weißrussland, die Mongolei und Tadschikistan beteiligt sind, ist kaum eine Reaktion auf die dicke Baerbock-Lippe, aber fraglos reagieren die Völker auf den Nato-Versuch, mit der Einkreisung Russlands neue internationale Kräfteverhältnisse herzustellen.

GLEICHGEWICHT DER KRÄFTE EINSEITIG VERÄNDERN

Der russische Krieg in der Ukraine ist ein Verteidigungskrieg, der dem Versuch dient, die alte europäische Friedensordnung aus den Zeiten der Zweiteilung der Welt wieder herzustellen. Aus jener Zeit, in der die Supermächte angesichts eines atomaren Patt vermieden hatten, in Europa das Gleichgewicht der Kräfte einseitig zu verändern. Zwar haben die USA mit ihren Kriegen im Irak, in Syrien und Libyen immer wieder versucht, sich eine weltweite militärische Vormachtstellung zu sichern. Aber erst mit der Einordnung der Ukraine als Nato-Beitritts-Kandidat haben die USA einen Frontalangriff auf die Sicherheit Russlands und den fragilen europäischen Frieden geführt. Dieser Angriff geht weit über die Gefährdung der russischen Sicherheit hinaus: Es geht um die weltweite Vormachtstellung der USA, eine Stellung, die nur den Willigen und den Billigen gefallen kann. Wer bei Vernunft ist, der wird sich beizeiten auf die Seite der US-Gegner schlagen. Diesen Prozess der Vernunft kann man derzeit beobachten.



No-Go für Demokraten: Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Foto: Georgi Belickin

UNTERWERFUNG DER WILLIGEN

Aber in Ländern, in denen noch der Wahnwitz herrscht, kann man die Unterwerfung der Willigen gut beobachten. Das jüngste Beispiel entfaltet sich am Vorstoß des scheidenden ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk. Der versuchte, mit seinen zu kurzen politischen Beinen, den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer in den verlängerten Rücken zu treten. Kretschmer hatte erneut gefordert, den Krieg in der Ukraine einzufrieren. Melnyk, der Größenwahnsinnige, hatte ihn daraufhin als unerwünscht bezeichnet. Die Außenministerin, zuständig für die internationalen Beziehungen, hat sich bisher nicht vor einen Ministerpräsidenten gestellt, der die Vernunft besitzt, im Krieg nach dem Frieden zu fragen. Eine Frage, die offenkundig über den Horizont der Außenministerin hinausgeht.

Weitere Artikel von Uli Gellermann finden Sie auf rationalgalerie.de.

MELDUNG

KERNKRAFTWERK KNAPP VERFEHLT

Saporoschje/DW Der Beschuss des unter russischer Kontrolle stehenden Kernkraftwerkes Saporoschje geht unvermindert weiter. Am Montag sei Angaben russischer Behörden zufolge das Dach des Brennstofflagers getroffen worden. Die Strahlung bewege sich aber im normalen Bereich. Aufgrund des im August stark zunehmenden Beschusses soll vom 31. August bis zum 3. September 2022 eine Mission der internationalen Atomaufsicht (IAEA) an dem Kernkraftwerk stattfinden. (ffe)

POLEN IST OFFEN FÜR DEN KRIEG

Warschau/DW. Wie das Nachrichtenportal *Voltaire Netzwerk* berichtet, zieht nun auch Polen in den Krieg gegen Russland. Dabei stützt sich das Magazin auf Zeugenaussagen, die berichten, dass reguläre polnische Soldaten Seite an Seite mit der ukrainischen Armee an Kampfhandlungen gegen die russische Armee teilnehmen.

Schon zuvor haben Polen und die Ukraine offenbar ein Bündnis geschlossen, das einen Teil des ukrainischen Staatsgebietes auch für Polen öffnet, und somit de facto die Grenze zwischen den beiden Ländern abschafft. Polen ist zwar in der Nato, der Artikel 5 des Nato-Vertrages, der zu gegenseitigem Beistand verpflichtet, tritt aber nicht in Kraft, wenn der Mitgliedsstaat den Krieg selbst verursacht hat. Daher würde ein direkter Krieg zwischen Polen und Russland nicht dazu führen, dass die Nato dem Land beistehen muss. (ffe)

VOLKSVERHETZUNG VOM PRÄSIDENTEN

Riga/DW. Der lettische Präsident Egils Levits hat dazu aufgerufen, Teile der russischsprachigen Bevölkerung seines Landes zu isolieren. Wörtlich sagte er: »Seit dem Beginn (des Krieges, Anm. d. Red.) ist ein Teil der lettischen Gesellschaft aufgetaucht, der nicht loyal gegenüber dem Staat ist. Unsere Aufgabe ist es, mit ihnen umzugehen und sie vom Rest der Gesellschaft zu isolieren.« (ffe)

PUTIN VERGRÖSSERT RUSSLANDS ARMEE

Moskau/DW Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am Donnerstag einen Erlass nach dem das Kontingent der russischen Streitkräfte um 137.000 aufgestockt werden soll, so meldete der russische Nachrichtensender *RIA Nowosti*. Demzufolge wird die Truppenstärke auf 2.039.758 Einheiten festgelegt, davon 1.150.628 Soldaten. Bei den restlichen Militärangehörigen handelt es sich um Zivilpersonal. (ffe)



Gelbwesten mit Schraubschlüsseln auf dem Weg, Nord Stream 2 aufzudrehen. Foto: Heimatkurier

LINKS ÜBERHOLT

Organisierte Linke und Liberale schlafen oder stützen sogar das Kriegs- und Sanktionsregime. Am 29. August besetzten nun junge konservative Bürgerrechtsaktivisten des Gelände Nord Stream 2 bei Greifswald, um den Gashahn der Pipeline aus Ust-Luga (Russland) aufzudrehen und die Heizung der Deutschen in Betrieb zu nehmen. Die Aktivisten gelten als »rechts«, die weltweit bejubelte Aktion als »links«. Interview mit Aktivist und Buchautor Martin Sellner.

DW: Herr Sellner, Ihnen fliegen die Herzen für die symbolische Befreiung der Erdgas-Pipeline in Lubmin zu. Gehen Sie davon aus, dass die Politkaste die Erdgasleitung nun eröffnen wird, damit wir im Winter nicht frieren müssen?

Martin Sellner: Ja davon gehe ich aus! Allerdings nicht direkt nach und nicht direkt wegen unserer Aktion. Es ist einfach der logische, verantwortungsvolle Schritt um Schaden vom Volk abzuwenden. Die Regierung regiert irrational und gegen deutsche und europäische Interessen. Doch der Druck der Straße wird sie wohl zur Vernunft bringen. Diese Aktion soll als Katalysator diesen Druck erhöhen und den Fokus auf Nord Stream 2 lenken. Das ist, hoffe ich, gelungen!

DW: Vier Arbeiter sind beim Versuch, die Leitung in Gang zu bringen, damit das Erdgas wieder fließen kann, von der BRD-Polizei gefangengenommen worden. Wie lief das ab – und wie geht es Ihnen und Ihren Kameraden?

MS: Uns war klar, dass die Regierung alles tut, um die Gasversorgung der Bevölkerung durch Nord Stream 2 zu verhindern. Wir waren fest entschlossen und bereit, das Terminal zu starten. Unsere jungen Ingenieure sind zwar nicht sehr erfahren, lernen aber schnell und hätten völlig kostenfrei gearbeitet. Dummerweise sieht die Polizei dieses Hilfsangebot als nicht genehmigte Versammlung und Hausfriedensbruch und hat drei junge Männer und eine Frau festgesetzt. Ihnen wurden sogar ihre Handys abgenommen. Gottseidank sind sie mittlerweile frei und davon unbeirrt. Unser Hilfsangebot bleibt bestehen. Wir kommen gerne wieder.

DW: Inwiefern ist Ihre Bewegung bei künftigen Aktionen offen für Links- und Umweltaktivisten?

MS: Wir sind offen für jeden, der sich unseren konkreten Forderungen anschließt, wie zum Beispiel der Öffnung von Nord Stream 2. Verständlicherweise ist bei klandestinen Überraschungsaktionen der Kreis der Mitarbeiter kleiner. Mit der »Aktion Solidarität« planen wir aber auch größere Akte direkter, unbürokratischer Hilfe bei denen jeder mitmachen kann.

Wie stehen Sie zum Spritzenregime?

MS: »An uns bricht eure Nadel«, »uns kriegt ihr nie«, »wir sind der Antikörper gegen das System« – das ist nur ein kleiner Auszug der Großbanner, die wir durch Wiens Straßen getragen haben. Ich denke, die sprechen für sich. Der Impfzwang war ein Schandgesetz und wir sind stolz, dass unser Widerstand ein kleiner Beitrag zu seinem vorläufigen Ende war. Aber wir bleiben wachsam.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

DIE KINDERQUÄLERGESELLSCHAFT

Die meisten Deutschen haben während der Pseudo-Pandemie wohlwollend ihren eigenen Kindern geschadet. Zu einer Unkultur am Rande eines asozialen Abgrunds. | *Analyse von Dr. Herthneck*

Die Zerstörungskraft »sozialer« Regelungen, Vorgaben und Zwänge ist enorm. Um so mehr, je unsinniger diese sind.

Wir sehen das bereits an der sogenannten »Schwarzen Pädagogik« der vorigen Jahrhunderte: Mit selbstgerechter Genugtuung wird heute etwa auch auf »pädagogische Ärzte« wie Dr. Daniel Gottlob, Moritz Schreber (1808 - 1861) oder Dr. Johanna Haarer (1900 - 1988) herabgesehen, weil man sich selbst vor allem moralisch erhaben dünkt über jeden Zweifel, gerade auch was den eigenen Umgang mit Kindern angeht.

Zugegeben: Schrebers »Erziehungsmethoden« wirken heute zu recht martialisch, wenn er etwa seine eigenen Kinder zu Versuchszwecken ans Bett fesseln musste, damit sie »still, ruhig und richtig« die Nacht verbringen sollten. Er erhielt viele Ehrungen, seine berühmten Beziehungsschriften prägten seine Zeit, seine zweifelhaften Methoden, die damals großen Anklang fanden, führten zum Suizid eines seiner Söhne, während der andere deswegen »nur« zu Dr. Sigmund Freuds »Schreber-Fall« in Form von Paranoider Schizophrenie mutierte – und Haarers Erziehungsbuch »Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind« war ein Erfolg von 1934 bis 1987.

In diesem Buch beschreibt sie als überzeugte Nationalsozialistin unter anderem, dass man Kleinkinder notfalls alleine lassen und sich ausschreien lassen müsste, wenn alles andere versagt hat, weil sie dann gewiss »nur zum Zeitvertreib« schreien würden. Gerade Babys brauchen aber unbedingt mitmenschliche Nähe – sonst wird aus ihnen später



Mittäter Lehrer: Die Kinderschändermaske und »Testungen« im Klassenraum beim Schulstart in der Werner-von-Siemens-Schule in Düsseldorf. Foto: Screenshot/ARD

etwas, das man nicht unbedingt möchte. Obwohl wir das alles heute wissen – immerhin haben wir seit über 100 Jahren im deutschsprachigen Raum Psychotherapie – scheint jedoch der Unterschied unseres heutigen Verhaltens gegenüber Kindern nicht grundlegend anders zu sein als damals, zu Zeiten der Schrebers oder im sogenannten Dritten Reich.

Haarers fünf Kinder wurden übrigens wohl auch jedes auf seine Weise später psychisch krank, wobei mit der Mutter, die bis zu ihrem Tode felsenfest überzeugte Faschistin geblieben sei, nie über die damalige Zeit habe geredet werden können. Wenn wir uns nun etwas genauer ansehen, was mit unseren Kindern während der unseligen Zeit 2020 bis 2022 angerichtet wurde, dann verstehen wir vielleicht, dass wir in einer traurigen Kontinuität des Grauens stehen – seit mindestens 1848.

CORONA: KINDER WERDEN KÖRPERLICH UND SEELISCH MISSHANDELT

Auch unter Jugendlichen von elf bis 17 Jahren stiegen psychische Störungen in der Zeit von 2020 bis 2021 statistisch um 200 bis 300 Prozent an, ebenso erhöhte sich deren Selbstmord(versuchs)rate, Drogenkonsum, Essstörungen und sonstige Selbstverletzungsformen um das Drei- bis Vierfache im Vergleich zu den Jahren 2017 bis 2019. Allgemein sind 30 bis 40 Prozent der sogenannten »erwachsenen« Bevölkerung zumindest in der westlichen »Werte«-Gemeinschaft ständig seelisch krank, »nur« 15 bis 25 Prozent der Jugendlichen und bereits zehn bis 15 Prozent aller Kinder – Tendenzen für alle drei Gruppierungen beständig steigend.

Inzwischen beginnen 50 Prozent aller lebenslangen Seelenstörungen bereits ab dem 14. Lebensjahr, 75 Prozent ab 25 Jahren. Seit Beginn der Ausrufung eines weltweiten Killervirusnotstands stiegen zwar nicht die notfallmedizinischen Einsätze, auch nicht die Krankenhausbelegungszahlen vor allem auf Intensivstationen, dafür aber die psychiatrischen Notfälle und psychotherapeutischen Behandlungen in allen Altersgruppen um 30 bis 40 Prozent. Ferner berichten 20 bis 30 Prozent aller Altersgruppen nicht von einer körperlichen Beeinträchtigung durch irgendwelche Corona-Viren, sondern eine Seelenkrise durch den kollektiven Umgang damit.

Josef Stalin – einer der größten Massenmörder aller Zeiten – würde dazu etwas Ähnliches sagen wie George Bush Junior, der in solchen Zusammenhängen gerne von »bloßen Kollateralschäden« sprach: »Das ist nur eine Statistik.«

Doch wir wissen es heute besser als solche Personen. Was sagen uns daher diese Zahlen über das Leid und deren Ursachen, die dahinterstehen? Offenbar müssen wir als Menschheit noch viel »gefühlsfähiger« werden – was echtes Mitgefühl und Mitleid fördern würde. Wie lässt es sich rechtfertigen und mehr noch, überhaupt *erklären*, dass vor allem Kinder zu ebenso gesundheitsschädigenden wie virologisch sinnlosem Dauermaskentragen, sozialer Distanzierung und weiterem Humbug gezwungen wurden, der bei ihnen zu nachhaltigen Schädigungen geführt hat? Es gab etwa in allen Altersklassen Selbstmorde nach einer angeblichen Corona-Infektion – und das bei einer bereits 2020 von Prof. John Ioannidis nachgewiesenen Sterblichkeitsrate von unter einem Prozent (zum Vergleich: Die deutsche Grippewelle 2017/2018 hatte eine Todesrate von fast 14 Prozent – und das sogar laut Deutschem Ärzteblatt 2019!).

Vermutlich lässt sich das nur verstehen durch psychologische, psychodynamische und sozialpsychiatrische Ansätze, denn die Annahme einer bereits strafrechtlich relevanten Isolation, Zwangsmaskierung und neuerdings nun auch Covid-Impfbeglückung von Kindern, ist angesichts eines angeblichen Gesundheitsschutzes bei minimalen realen Erkrankungszahlen nicht nur absurd, sondern vollkommen geisteskrank. Neben den Folgeschäden durch experimentelle »Impfstoffe« stehen allerdings auch psychopathologische Langzeitfolgen an.

ES GEHT UM UNTERWERFUNG

So lässt sich etwa annehmen, dass es beim Zwangsmaskierungsgeschehen in erster Linie um ein Zeichen freiwilliger Selbstunterwerfung ging – was eben dies fördert: Michel Foucaults »Disziplinar-Individuum«. Kinder quälen nicht um des Quälens willen, sondern aus einer Art derangiertem Gutmenschentum heraus. Es dient aber primär noch einem anderen Zweck: Doch noch zu beweisen, dass das, was man an sich selbst im selben Kindesalter erleben und erleiden musste – insbesondere durch die primären Bezugs- und Bindungspersonen – *doch* richtig war!

Der Schmerz darüber, dass diese sich geirrt haben könnten, bis zu massiven Kindesmisshandlungen, ist zu groß, und muss daher verzweifelt abgewehrt werden. Jedes Mittel ist dazu recht: Kinderisolation hinter Glasscheiben, ihnen jeden Körperkontakt verweigern und verbieten. Sie hinter gesundheitsschädigenden Masken einsperren. Und so weiter. Es wird dadurch ein Heer an geschädigten, wenn nicht gebrochenen, Menschen und willenlosen Untertanen geschaffen, die sich jeder Herrschaft kritiklos unterwerfen, zumal sie unfähig sind zu kritischem Denken. Zu depressiv, um sich noch zu wehren.

EINE VÖLLIG TRAUMATISIERTE GENERATION WÄCHST HERAN

Was haben unsere Kinder also aus den vergangenen zwei Jahren gelernt? Dass der Staat oder die Eltern – was austauschbar ist – immer recht haben, und man einfach möglichst blind und ohne zu fragen gefälligst zu tun hat, was diese eben vorgeben? Selbst wenn Kinder glauben würden, dass es ein übles Killervirus gibt, durch das sie »Oma und Opa ermorden« – wie im Orwellschen Corona-Kult-Neusprech behauptet wurde –, selbst wenn es so wäre – was nachgewiesenermaßen nicht so ist – dass Kinder Killer wären, neue Virusschleudern – selbst wenn dem so wäre, und Kinder das glauben würden, und daher auf Angst konditioniert wären, so würden sie doch merken, dass da etwas nicht stimmt. Kinder haben nämlich – genau wie »Erwachsene« einen ganz besonderen »Wahrheits-Radar«: Sie merken ganz genau, wann nicht oder nicht die ganze Wahrheit erzählt wird – also wann wir sie anlügen. Was werden die ganze Angst-Erzeugung, die ganze Lügenhaftigkeit, die Corona-Kult-Kindesmisshandlungen der letzten zwei Jahre mit oder aus unseren Kindern machen? Es wird Zeit, dass wir darüber mit ihnen reden.

Dr. med. Herthneck lehrt an einer Universität und betrieb eine Psychiatrieambulanz. Die Redaktion lässt an dieser Stelle seinen Vornamen weg.

Die »Hochbegabten« aus der Amtsstube

Sie wird vom UN-Kommissariat gegen Folter beobachtet und ist weltweit verrufen. Die Berliner Polizeibehörde um die fachfremde Polizeipräsidentin Barbara Slowik steht nun verstärkt im Fokus von Presseverbänden und Presserechtlern. Denn nun versucht die Berliner Skandalbehörde, nur noch »richtigen« Journalisten Presseauskünfte geben. Zum neuen Skandal in Berlin *von Boris Reitschuster*.

In meiner Journalistenausbildung habe ich Folgendes gelernt: Dass der Journalistenberuf in der Bundesrepublik nicht reguliert ist und jeder als Journalist tätig sein darf und sich Journalist nennen kann, ist eine der wichtigen Lehren aus dem Nationalsozialismus.

Die – echten – Nazis hatten sich nämlich zum Richter darüber erhoben, wer Journalist ist und wer nicht. Das »Nie wieder« – so habe ich es in meiner Ausbildung verinnerlicht, bezieht sich auch darauf, dass nie wieder der Staat oder staatliche Stellen bestimmen sollen, wen sie als Journalisten »anerkennen« und wen nicht.

Insofern war es zwar befremdlich, aber hinnehmbar, dass mir etwa Tilo Jung absprach, Journalist zu sein. Jung mag zwar staatsnah und mit der Regierung verbandelt sein – weshalb er etwa die Meistbegünstigungsklausel bei Interviewanfragen bekommt. Aber er ist dennoch keine staatliche Stelle.

Umso mehr hat mich schockiert, was jetzt die Polizei in Berlin der Journalistin Sophia-Maria Antonulas auf eine Presseanfrage antwortete. Antonulas ist unter anderem Autorin eines Interviews mit einem Berliner Polizeikommissar, das mich tief bewegt hat und das ich auf meiner Seite abdruckte – und ich bin Antonulas sehr dankbar, dass sie mir den Abdruck gestattete. Denn das Interview ist ebenso schockierend wie ein Dokument der Zeitgeschichte – deckt es doch unfassbare Missstände bei der Berliner Polizei auf (»Berliner Polizei: Zustände wie in einem autoritären Regime«, reitschuster.de).

Ein Dokument der Zeitgeschichte ist auch die Antwort eben dieser Polizei auf Antonulas Presseanfragen. Sie zeigt, dass das »Nie wieder!« für viele eine hohle Phrase ist. Die Berliner Polizei schwingt sich zum Richter darüber auf, wer sich Journalist nennen darf und wer nicht. Und leider reagiert sie damit auch auf Forderungen von *Mainstream*-Journalisten und sogar Journalisten, die sie regelmäßig zu solch einem »Filtern« auffordern und damit das eigene Berufsethos auf den Kopf stellen. Aber lesen Sie diese skandalöse Antwort selbst – in voller Länge:

Subject: Ihre Anfragen bei der Pressestelle der Polizei Berlin
Date: August 26, 2022 at 15:04:35 GMT+2
To: „XXXXXX@demokratischerwiderstand.de

Sehr geehrte Frau Antonulas,
vielen Dank für die Zusendung des Bildes ihres Presseausweises sowie des Hin- und Verweises darauf, in wessen Auftrag sie berichten. Nach Beurteilung dieser Informationen erkennen wir in Ihrer Tätigkeit keine journalistische Tätigkeit und können Sie somit nicht als Journalistin anerkennen. Dies begründen wir wie folgt.

Eine journalistische Tätigkeit leitet sich für die Polizei Berlin, neben den wesentlichen Merkmalen Aktualität, Publizität, Universalität und Periodizität, auch aus einem anerkennen des Pressekodex oder einer ähnlichen ethisch-moralischen Selbstverpflichtung sowie damit einhergehender journalistischer Standards her.



Druck der österreichischen Ausgabe dieser Wochenzeitung in Wiener Neustadt. Foto: DW/Lenz

Aus den Inhalten ihrer bisher veröffentlichten Beiträge treten Sie nach unserer Feststellung als Aktivistin und Akteurin der Protestbewegung gegen die pandemiebedingten Infektionsschutzmaßnahmen und nicht als neutrale Beobachterin bzw. Berichterstatterin auf. Die Gleichstellung der aktuellen pandemiebedingten Grundrechtsbeschränkungen mit einem vermeintlichen »Corona-Faschismus«, mit dem nationalsozialistisches Unrecht und der Unwertgehalt nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen bagatellisiert wird, steht nach unserer Auffassung journalistischen Standards entgegen. Zahlreiche Beiträge entsprechen hinsichtlich der Ziffer 1, Ziffer 2 sowie der Ziffer 14 darüber hinaus nicht dem Pressekodex.

Ihre etwaigen zukünftigen Anfragen werden wir daher an die für Bürgeranfragen zuständige Dienstelle weiterleiten.
Mit freundlichen Grüßen, im Auftrag
Polizeihauptkommissar XXXXX XXXXXX

Die Rechtschreibung habe ich absichtlich so belassen, wie sie im Original war. Auch dies gehört zu einem Dokument der Zeitgeschichte. Den Namen des Absenders dieser Mail nenne ich nicht, obwohl das zulässig wäre, da er offizieller Pressesprecher ist. Aber es geht nicht um die Person. Es geht um das System dahinter.

In meinen Augen ist die Antwort an Dreistigkeit und Geschichtsvergessenheit nicht zu überbieten. Ich bin etwa auch der Ansicht, dass viele Kollegen bei *ARD* und *ZDF* aktivistisch tätig sind. Wäre das ein Grund für die Polizei, ihnen Presseauskünfte zu verweigern?

STANDARDS DES KANINCHENZÜCHTERVEREINS

Die Pressestelle schreibt: »Eine journalistische Tätigkeit leitet sich für die Polizei Berlin… auch aus einem anerkennen des Pressekodex oder einer ähnlichen ethisch-moralischen Selbstverpflichtung sowie damit einhergehender journalistischer Standards her.« Ich schreibe jetzt besser nicht, an welche Einrichtung in der Geschichte mich das erinnert. Wer bitte soll die »journalistischen Standards« definieren?

Ich finde: *ARD* und *ZDF* und viele Medien verstoßen regelmäßig gegen journalistische Standards, so wie ich sie verstehe. Bekommt künftig nur noch Auskünfte, wer den Standards des zuständigen Kommissars entspricht? Oder der linksgrün angehauchten Polizeipräsidentin? Oder der SPD-Innensenatorin? Oder des Kaninchenzüchtervereins, dem der diensthabende Beamte angehört?

Weiter schwingt sich die Pressestelle zum Richter dazu auf, welche Berichterstattung neutral sein soll. Dabei ist das schon per se absurd. Niemals musste Presse neutral sein. Die Frankfurter Allgemeine war früher konservativ, die Frankfurter Rundschau links. Beide waren nie »neutral«. Mehr noch: Medien sind eindeutig Tendenzbetriebe, weswegen sie etwa in Sachen Betriebsverfassungsgesetz einen Sonderstatus haben.

KOLOSSALES EIGENTOR

So etwas sollte zum Mindestwissen einer Pressestelle gehören. Wäre hier ein Minimum an einschlägiger Bildung vorhanden, hätte man dort gemerkt, welch kolossales Eigentor man da schießt.

Genauso in Sachen Pressekodex: Der ist eine freiwillige Selbstverpflichtung eines Teils der Medien (die inzwischen zu einer Potemkinschen Fassade geworden ist, aber das tut nichts zur Sache). Wie kommt die Polizei dazu, ihn zur Grundlage für die Entscheidung darüber zu machen, wen sie als Journalist betrachtet? Schon etwas *Googeln* hätte geholfen: Dann hätten die Beamten erfahren, dass zum einen nicht alle Verlage sich dem Pressekodex unterwerfen, und viele es gar nicht können – etwa kostenlose Zeitungen oder Zeitschriften, öffentlich-rechtliche Sender oder reine Internetmedien.

AKTIVISMUS IM AMT

Und aktivistisch? Der *Vorwärts* ist ein SPD-Organ. Ist es deswegen keine Presse und würde ihm die Pressestelle eine Auskunft verweigern? Es sind die Bürger und letztlich die Leser beziehungsweise Zuschauer, die zu entscheiden haben, ob sie »Aktivismus« bei Journalisten dulden oder nicht. Aber, bei Gott, das ist in einer Demokratie nicht die Entscheidung einer staatlichen Behörde! Besonders pikant: Der Pressesprecher, der den obigen Brief unterzeichnete, gab in seiner amtlichen Eigenschaft dem Portal »diversoderwas.de« ein Interview. Komisch, dass er das offenbar nicht für »aktivistisch« hielt. Eine der Aussagen dort unterstreicht indes sein Brief: »Die Schulbildung lässt nach.«

Ich bin einfach nur sprachlos, welch schlimme Kombination aus Unwissen und politischer Voreingenommenheit heute in staatlichen Behörden herrscht. Der Vorwurf, den sie anderen machen, fällt auf sie zurück: Die Polizei ist es hier, die aktivistisch handelt. Indem sie zwischen »guten« und »schlechten« Journalisten unterscheidet. Und im Gegensatz zu freien Journalisten dürfen Beamte als Staatsdiener eben nicht aktivistisch sein!

Mir persönlich fehlen Zeit und Mittel, um gegen diese hanebüchene Verletzung des Neutralitätsgebots und der Dienstpflichten der Berliner Polizei vorzugehen (die übrigens hartnäckig schweigt, was den tätlichen Angriff auf mich auf einer Demo vor einem Jahr mit einem Blumentopf angeht – wahrscheinlich bin ich für die Beamten auch kein richtiger Journalist und/oder schlicht vogelfrei). Vielleicht findet sich ja ein Anwalt oder ein juristisch bewanderter Leser, der dieses Unrecht nicht hinnehmen möchte und dagegen vorgeht.

PS: Ich habe folgende Presseanfrage an die Berliner Polizei geschickt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Antonulas, die auch auf meiner Seite veröffentlicht hat, schickte mir Ihre Antwort auf ihre Presseanfrage zu. Sie sprechen ihr darin ab, Journalistin zu sein. Dazu habe ich folgende Fragen:

Auf welche Kompetenz beruft sich die Berliner Polizei, wenn sie entscheidet, wer journalistisch tätig ist und wer nicht?
Wie steht die Berliner Polizei zu der in der Journalistenausbildung gelehrten Lehre aus der Geschichte, dass nie mehr staatliche Organisationen in Deutschland entscheiden sollen, wer Journalist ist und wer nicht?
Wie begründen Sie Ihre Haltung, dass nur neutrale Journalisten in Ihren Augen Journalisten sind, wenn doch Medienbetriebe laut Gesetz Tendenzbetriebe sind, also explizit nicht neutral?
Sie schreiben, für die Anerkennung als Journalist durch Sie sei eine Einhaltung von »journalistischen Standards« nötig. Wer definiert diese in Ihren Augen und woraus leiten Sie die Allgemeinverbindlichkeit solcher Definitionen ab?
Ganz unabhängig davon, wie man zu einer Gleichsetzung von Corona-Maßnahmen mit einem vermeintlichen »Corona-Faschismus« steht – woraus leiten Sie ab, dass diese unzulässig ist für Journalisten und nicht durch die grundgesetzlich garantierte Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt?
Wie stehen Sie zu dem Widerspruch, dass Sie ja selbst die Existenz eines »Corona-Faschismus« durch Ihre Formulierung negieren, gleichzeitig aber eine Gleichsetzung damit bemängeln? Gehe ich Recht in der Annahme, dass es sich hier einfach um eine ungeschickte Formulierung handelt?
Auf welcher Rechtsgrundlage machen Sie den Pressekodex, der ja eine freiwillige Selbstverpflichtung eines Teils der Medien ist, zur Grundlage für die Entscheidung darüber, wen Sie als Journalisten betrachten?

Mit freundlichen Grüßen, Boris Reitschuster

Der vorliegende Text erschien auf reitschuster.de am 17. August 2022. Weitere Stellungnahmen liegen vor vom Journalisten und Buchautoren Uli Gellermann (siehe rationalgalerie.de) sowie vom Journalisten, Verleger und Buchautoren Anselm Lenz. Der Journalistenverband VJJ erhob Einspruch, internationale Stellungnahmen laufen.



Die Freiheit wird auf dem Wacken-Festival wieder auf Händen getragen. Foto: DW/privat

MASKEN TRAGEN NUR NOCH SLIPKNOT, HÄMATOM UND LORDI

Corona ist durch: Wacken, das größte Metal-Festival der Welt, lebt wieder. | Von Steve Schramm

Nach zwei Jahren Pandemie hieß es am 3. August 2022 endlich wieder: Wacken! Dieses Mal mit vier Tagen am Stück: Größer, mächtiger und lauter meldet sich das Mega-Festival zurück.

»Es gibt ein Leben nach Wacken aber keins ohne«, so ein Besucher. Zwei Jahre Corona-Zwangspause gab es. Laut Veranstaltern wäre »das Durchsetzen des in den letzten Jahren geforderten Hygienekonzepts schlicht weder durchführbar noch zu finanzieren« gewesen.

Es ist 35 Grad heiß an dem Donnerstag um 14 Uhr. 87.000 durstige *Metalheads* aus aller Welt stürmen auf den ebenfalls nach Leben dürstenden heiligen Acker. Dirk Schneider spielt! Ab nach vorne! Am Ende des *Sets* lasse ich mich von Tausenden Händen in den Bühnengraben tragen. Habe ich das vermisst! Ich habe doppelt Glück und stehe schon wieder in der ersten Reihe als Amon Amarth ein Überraschungskonzert geben.

Ich halte es nicht mehr aus. Nochmal! Ich *crowdsurfe* noch einige Male. Fühlt sich das gut an, endlich wieder Leben! Die Bands geben alles, es ist spürbar wie viel Sehnsucht sie hatten, endlich wieder aufzutreten. Zurück ins *Camp* zu meinen Kumpels aus aller Welt, die ich so vermissen musste. Niemand trägt Masken oder spricht über Corona – Das Thema ist durch. Metal-Fans scheinen eine natürliche Immunität gegen Dogmen zu besitzen, denke ich mir.

Am Freitag starten die Jungs von »In Extremo«, deren Band-Kollege Boris Pfeiffer bei einem Montagspaziergang zu Tode kam. Bei Slipknot trete ich einen Moshpit los. Abstandsregeln? Ellenbogen! Bei den letzten Akkorden lasse ich mich vier Minuten über 50.000 Hände zur Bühne tragen. Ein unbeschreiblich lebendiges Gefühl.

Samstag Grave Digger und Life of Agony – wieder *Moshpits* und *Crowdsurfen*. Dann Sonnenuntergang. Erschöpft liege ich mit einem schönen Mädchen im Arm auf dem vibrierenden Holy Ground im Staub. Ein Unbekannter schenkt mir ein kaltes Bier.

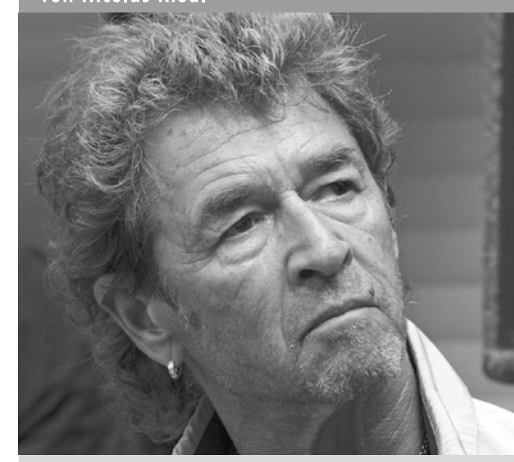
Ich bin glücklich. Nachher geht es noch zu Hämatom und Lordi: Masken gibt es da nur auf der Bühne als Stilelement der Künstler, sonst nirgendwo. Ich habe Gänsehaut und denke mir: »Endlich zuhause und zurück im Leben«.

Nächstes Jahr spielt Iron Maiden. Diese Freiheit werde ich mir nicht nochmal nehmen lassen! Wer das wagt, findet mich und meine Freunde auf den Barrikaden. Das meine ich ganz wörtlich.

See you in Wacken! Rain or Shine!

POP POP

Von Nicolas Riedl



Mal so, mal so: Peter Maffay weiß nicht so recht, wo er politisch stehen soll. Foto: gemeinfrei

PETER MAFFAYS SLALOMFAHRT

Ob bei Corona oder Ukraine-Krieg – bei Peter Maffay weiß man nie so recht, wo man ist. Im November 2020 zeigte er sich noch besorgt darüber, wohin die Gesellschaft sich bewege. Er sah eine drohende Abkehr von einem liberalen Staat hin zu einem totalitären Prinzip. Er äußerte seine Bedenken, die Politik könne sich an die Macht des Ausnahmezustandes gewöhnen, die es ihr ermöglicht, Gesetze durchzupeitschen, und er fürchtete, dass die Maske zum Maulkorb werde. Bereits im August 2021 schien seine dezent kritische Haltung wie verschwunden, als er – wie viele andere prominente Musiker in Deutschland – für die Spritze warb. Im November 2021 vertrat der Gold- und Platin-Sänger die Ansicht, dass man ungeimpft nicht unter Menschen gehen dürfe, betonte jedoch zugleich, dass man Menschen nicht direkt verurteilen solle. Und 2022 steht Maffay beim Ukraine-Krieg ebenfalls zwischen den Stühlen. So trat er bei dem zweifelhaften »Friedenskonzert« *Sound of Peace* am Brandenburger Tor auf, welches mit Frieden wenig gemein hatte. Unter anderem wurde auf dortigen Plakaten Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert – die Veranstalter distanzierten sich nicht davon. Nun äußerte sich Maffay bei einem Großkonzert in Köln erneut zum Krieg und verbalisierte sein Unverständnis darüber, dass es nun immer noch einen Ruf nach neuen Waffen gäbe. Er appellierte, dass beide Konfliktparteien trotz aller Gräueltaten sich endlich an einen Tisch setzen sollten.

LITERATUR AM MARTERPFAHL

Die *Cancel Culture* hat wieder zugeschlagen. Diesmal im Visier: der Ravensburg-Verlag. Dieser brachte ein Buch zum gleichnamigen Film »Der junge Häuptling Winnetou« heraus. Ein paar anonyme Zensoren echauffierten sich auf Twitter, schließlich sei das Wort »Indianer« rassistisch. Das reichte, dass der Verlag einknickte, das Buch aus dem Programm nahm und sich unterwürfig auf Social Media entschuldigte. Darüber hinaus verkündete er, zukünftig sensibler für die »Gefühle anderer« zu sein und als Berater »Sensitivity Reader« heranzuziehen, die Werke auf politische Korrektheit hin überprüfen sollen.



AUF DER ANDEREN SEITE DES GRABENS

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Corona spaltet. Und wie! Unter Freunden und Arbeitskollegen, in Familien, Ehen und Vereinen, überall ist ein Graben entstanden.

Jeder hält die Menschen auf der anderen Seite des Grabens für unvernünftig. Die einen nennen die auf der anderen Seite des Grabens Verschwörungsideologen, Spinner und Schwurbler. Die anderen nennen die auf der anderen Seite des Grabens regierungshörig und blind.

Über eines könnten sich dabei alle einig sein: Die auf der einen Seite des Grabens haben recht und sind vernünftig, und die auf der anderen Seite des Grabens sind verwirrt und unvernünftig. Uneinigkeit besteht nur darüber, auf welcher Seite die Wahrheit ist. Wir können uns nicht über die Wahrheit einigen, aber die Wirklichkeit entscheidet. Sie ist ein unfehlbarer und gnadenloser Richter. Sie urteilt ohne Ansehen der Person und lässt sich nicht dadurch beeinflussen, ob eine Position »extrem« genannt wird und verpönt ist.

Obwohl die Spaltung schmerzhaft ist, hat sie auch etwas Reinigendes an sich. Man verliert Freunde, gewinnt aber auch neue Freunde dazu. Jesus gilt als die Liebe in Person. Ich glaube auch, dass er das ist, aber Liebe ist anders, als man sie sich gemeinhin vorstellt. Im Matthäus-Evangelium gibt es eine Aussage Jesu, die darauf hinweist, dass Spaltung manchmal gut und notwendig ist:

»Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Denn ich bin gekommen, den Menschen zu entzweien mit seinem Vater und die Tochter mit ihrer Mutter und die Schwiegertochter mit ihrer Schwiegermutter.« (Mt 10,34f)
Damit weist Jesus wahrscheinlich darauf hin, dass es Kosten hat, ihm nachzufolgen, und dass es zur Spaltung zwischen den wahren Nachfolgern Jesu und den anderen kommen wird. Nicht immer und nicht in jeder Hinsicht ist eine Spaltung schlecht.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de.

Totalitäre Luschen

Von Anselm Lenz

Wo man Medienfutzis, Schwadroneuren und Pantoffelhelden noch verzeihen, kann dass sie einfach *Luschen* sind, dass sie Angst haben, und dass diese Angst vor dem real existierenden Neofaschismus berechtigt ist – so verwerflich ist das völlige Versagen von bezahlten Repräsentanten im Parlament.

Außer Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine sprach sich kein einziger führender deutscher Linker deutlich und wahrnehmbar gegen den Spritzenterror aus. »Wir sind geboostert« und »Wir – ömpfen – euch – alle« röhrte dagegen die *Jeunesse dorée* im Auftrag der Oligarchen.

Nach zweieinhalb Jahren des Corona-Genozidregimes ziert sich diese organisierte Linke nun auch noch, gegen die Nato-Expansion nach Osteuropa klar Position zu beziehen. Eines der Hauptziele des Corona-Putsches ist es, jeden Widerstand auszuschalten. Angeblich sei das Regierungsprogramm »links«, also gut, und demgegenüber gebe es nur noch ein einziges »rechts«, also böse.

Mit den jahrelang aufgebauten Regenbogen-Blendgranaten wurde ein bunter Kriegsnebel gezündet, der in den kleinbürgerlichen Gefilden wie etwa *Taz* und *Tagesspiegel* tatsächlich verfangen hat.



Der Butterpreis liegt in der BRD derzeit bei 2,30 Euro je Pfund und steigend.
Collage: John Heartfield

Wer sich fortwährend mit Genitalien befasst, hat vielleicht vom »Feeling her ein gutes Gefühl«, auf jeden Fall aber mit sich selber zutun. Die westlichen Linken der Gegenwart geben nur noch eine clowneske Lachnummer ab und das Globalkapital hat dieses Ziel schonmal erreicht.

Anselm Lenz: »Wendet Euch von der deutschen Linken ab!« sowie »Zensur« mit dem Wiener Verleger Hannes Hofbauer (Promedia Verlag) aktuell als Podcast & Text auf dem Journalistenportal *apolut.net*. Anselm Lenz et al.: »Das Kapitalismustribunal«, Passagen Verlag, Wien 2016.



SPORT MIT BERTHOLD

FRIEDLICHE REVOLUTION

Es bedarf einer friedlichen Revolution. In allen Bereichen ist die Seuche drin: Parteiensystem, Wahlsystem, Medien, Bildung, Wissenschaft – und auch im Sport.

Beim FC Bayern randalierten zuletzt Klimaaktivisten der »Letzten Generation« im Stadion, die meisten davon aus wohlhabenden Elternhäusern. Ist eine Welt, in der wir keine Sportveranstaltungen mehr haben, »umweltfreundlicher«? Ist ein Land, in dem wir in den eigenen vier Wänden frierend vegetieren, »nachhaltiger«?

Was also tun, mit Menschen, die sich selbst abschaffen wollen, die im Grunde also sterben wollen? Sport hilft gegen Depression! Das größte Gut ist unsere Freiheit, wer das langsam nicht kapiert, ist auf verlorenem Posten! Diese Freiheit meine ich nicht einseitig. Den Sportclub TSG Hoffenheim muss man zum Beispiel kritisch betrachten: Dort haben die wenigen Vereinsmitglieder, wie auch bei Red Bull Leipzig, nichts zu sagen. Das ist nicht richtig.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Winnetou I-III
Karl May

Anaconda
978-3-7306-0409-0



Die Reden der großen Indianerhäuptlinge.
Häuptlinge Seattle

Anaconda
978-3-86647-747-6



Der Griff nach Eurasien.
Die Hintergründe des ewigen Krieges gegen Russland

Hermann Ploppa
Ploppa, Hermann-Theodor
978-3-9812703-4-1

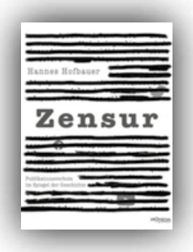


Die Psyche des Homo Digitalis.
21 Neurosen, die uns im 21. Jahrhundert herausfordern
Johannes Hepp
Kösel-Verlag
978-3-466-34791-9

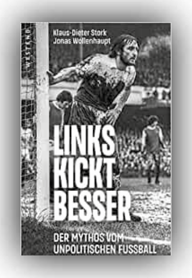


Cancel Culture.
Demokratie in Gefahr

Kolja Zydatiss
Solibro
978-3-96079-086-0



Zensur.
Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte
Hannes Hofbauer
Promedia
978-3-85371-497-3



Links kickt besser.
Der Mythos vom unpolitischen Fußball
Klaus-Dieter Stork,
Jonas Wollenhaupt
Westend
978-3-86489-382-7



Agromafia.
Wie Ndrangheta & Co. die italienische Lebensmittelproduktion beherrschen - und was auf unsere Teller kommt
Oilver Meiler, dtv
978-3-423-28248-2



Du musst nicht von allen gemocht werden. Vom Mut, sich nicht zu verbiegen
Ichiro Kishimi, Fumitake Koga
Rowohlt
978-3-499-63405-5



Farm der Tiere.
George Orwell

Manesse
978-3-7175-2518-9

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

> **„ES GEHÖRT OFT MEHR MUT DAZU, SEINE MEINUNG ZU ÄNDERN, ALS IHR TREU ZU BLEIBEN.“**
> **FRIEDRICH HEBBEL**

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 103. Ausgabe ab Samstag, 3. September 2022. | Redaktionsschluss war am 1. September | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonoulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 104 erscheint am 10. September 2022.